INTER-VORHERSAGE
Wöchentliches Berlin-Info
ausnahms 2,50 2 DM
INTERIM – auf dem Weg zur "Erst"-Zeitung:
Wöchentliches Berlin-Info
Nicht nur Sport und Veranstaltungskalender,
jetzt auch mit WETTER!
23°
ORANIENPLATZ
H
T
930
950
970
990
16°
CHAMISSOPLATZ
3. August 1989
Nr. 64

Zentraler Betriebsgruppenausschuß
SOZIALDEMOKRATEN IN DER POLIZEI
in der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

- Vorstand -

Vorsitzender: Jörg Kramer, Karl-Marx-Straße 12, 1000 Berlin 44, 030/622 47 24 oder 030/307 51 302

Berlin, den 26.07.1989

Herrn
Stefan J
c/o. Antifa Jugendinfo
Gneisenaustraße 2 a

1000 Berlin 61

Schon bei der Anrede habe ich Schwierigkeiten: Ich weiß nicht, wie ich Euch ansprechen soll. "Liebe Jugendliche", "liebe Schülerinnen und Schüler", "liebe Antifaschisten"? Ich laß es (ist es nicht paradox?!) und hoffe ganz einfach, daß dieser Brief nicht gleich in irgendeinen Papierkorb wandert, sondern als ernstgemeinter Versuch gewertet und verstanden wird, mit Euch ein Gespräch, vielleicht mehrere Gespräche zu führen.

Anlaß ist das "ANTIFA JUGENDINFO", Ausgabe Berlin, Nr. 31, Juli '89, das mir, einem Vater von zwei Gymnasiasten, in die Hände fiel. Ich würde mich gerne mit dem/der/den VerfasserInnen des Artikels zum Parteitag der sogenannten "Republikaner" unterhalten und ggf. ein Streitgespräch führen.

Ich bin nicht nur der Landes- und Bundesvorsitzende der SOZIALDEMOKRATEN IN DER POLIZEI (SIP), sondern war am 8. Juli auch einer der polizeilichen Einsatzleiter in der Hasenheide vor den Schultheiss-Festsälen. Es steht - mit Verlaub - viel Scheiß' in dem genannten Artikel. Und dieser Scheiß' macht es einem nicht gerade einfach, innerhalb der Polizei einen Kurs konsequent weiterzuverfolgen, der auf das Entschärfen gesellschaftlicher Konflikte (was anderes kann die Polizei nicht leisten; lösen müssen die Konflikte unsere PolitikerInnen) hinausläuft.

Antifa-Gruppen leisten in Berlin und anderswo eine gute und wichtige Arbeit. Bestimmte Veröffentlichungen und Verlautbarungen, von Verhaltensweisen will ich hier gar nicht reden, konterkarieren diese Wirkung.

Dieser Brief soll dazu beitragen, mit Euch oder einigen von Euch in Kontakt und ins Gespräch zu kommen. Ich hoffe, Ihr habt den Mut, das Gesprächsangebot anzunehmen. Oder kneift Ihr...? Wer ruft mich an? Nur Mut!

Ich grüße Euch (auch als Antifaschist)



4

Offener Brief

Zentraler Briefbeantwortungsausschuß
ANTIFA JUGENDFRONT BERLIN
Arbeitsgruppe ANTIFA JUGENDINFO

- V o r s t a n d   g i b t ' s   n i c h t -

Herausgeber: Jugendgruppe gegen Faschismus und Rassismus
ANTIFA JUGENDINFO, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Berlin, den 31.7.1989

Herrn
Jörg K r a m e r
Karl-Marx-Str. 12

1000 Berlin 44

Schon bei der Anrede haben wir Schwierigkeiten: Wir wissen nicht, wie wir Sie ansprechen sollen. "Bulle", "lieber Schutzmann", "Herr Kramer"? Wir lassen es (ist das nicht eine elegante Lösung?) und hoffen, daß dieser Brief nicht gleich in irgendeiner Kartei landet, sondern so verstanden wird, wie er gemeint ist.

Anlaß ist Ihr Brief vom 26.7.1989, der uns, einige Antifaschist/innen aus der ANTIFA JUGENDFRONT, in die Hände fiel.

Wir sehen keinerlei Anlaß, mit Ihnen ein oder mehrere Gespräche zu führen. Das gilt für den presserechtlichen Verantwortlichen des 'Antifa Jugendinfos' genauso wie für die JUGENDGRUPPE GEGEN FASCHISMUS UND RASSISMUS (Herausgeber), sowie der ANTIFA JUGENDFRONT (Basisorganisation). Offensichtlich haben wir ja gegensätzliche Interessen, was sich am 8. Juli vor'm REP-Parteitag wieder mal gezeigt hat (WER schützte denn dort die Faschisten und hat stattdesssen uns verprügelt???). Nichts anderes steht im letzten ANTIFA JUGENDINFO.

Unsere gegensätzlichen Ansichten zeigen sich auch in den politischen Interessen: Unser Ziel ist nicht das Entschärfen gesellschaftlicher Konflikte, im Gegenteil; wir wollen sie verschärfen und haben unsere eigenen Vorstellungen von der Lösung dieser Klassengegensätze!

Wenn Sie wirklich ein Antifaschist sind, dann schmeißen Sie Ihren Job und schicken uns eine Liste der bekannten REP-Mitglieder bei der Polizei.

Dieser Brief soll natürlich schon dazu beitragen, in Kontakt und ins Gespräch zu kommen. Da Sie aber für unsere Gruppe sowieso zu alt sind, denken wir da eher an Ihre beiden Söhne. Bei Interesse: Unsere Anschrift steht oben!

Mit antifaschistischem Gruß

Schultheiss ? BOYKOTT JETZT !!!!!

ENTEIGNET FRANKE !

Damals verkaufte Schultheiß die alte Schultheiß-Fabrik an Franke, verurteilt in der Antes-Affäre, jedoch Haftverschonung! Dieser Franke enthält sie uns seitdem vor: jahrelanger Leerstand! Alle Bemühungen der Initiativen aus dem Kiez, die Fabrik zu nutzen, wurden zum Teil mit Bullengewalt zerschlagen. Nach einem gelungenen Theatertreffen über Pfingsten griff die Bullerei sogar Passantinnen von der Straße ab.

SCHULTHEISS mißbraucht BERLINERINNEN AUFS ÜBELSTE !
Schultheiß in der Hasenheide ermöglichte schließlich den Parteitag der reps - mit Bullenschutz!

KEINE FRAGE ! SCHULTHEISS ARBEITET HAND IN HAND
MIT KAPITAL / **BULLEN** / FASCHISTEN !

ES REICHT !!!

KEINEN SCHLUCK MEHR VON DER FASCHISTENBRÜHE!
KEINEN PFENNIG MEHR FÜR SIX-PÄCKS!

Wenn wir schon abalken müssen, dann ab sofort
BIER AUS UNSERN ZUSAMMENHÄNGEN? AUS UNSERN KNEIPEN,
IN UNSRE KASSEN!

FEIERT GEMEINSAM GEGEN UNTERDRÜCKUNG, AUSBEUTUNG, SEXISMUS, RASSISMUS!

SCHULTSCHEIß KANN NICHT UNSER BIER SEIN !

KEINE FRAG'

Schultheiss wird dumm gucken, wenn er/sie/es demnächst auf die geballte Bier-Nachfrage aus der Polit-Szene verzichten muß. Schultheiss wird unter ziemlichen wirtschaftlichen Druck geraten und schließlich nie nie wieder den Faschisten behilflich sein können. Der Boykott wird sich lohnen! Nur der Vollständigkeit halber sei hier noch eine Nebenwirkung an die Wand gemalt.

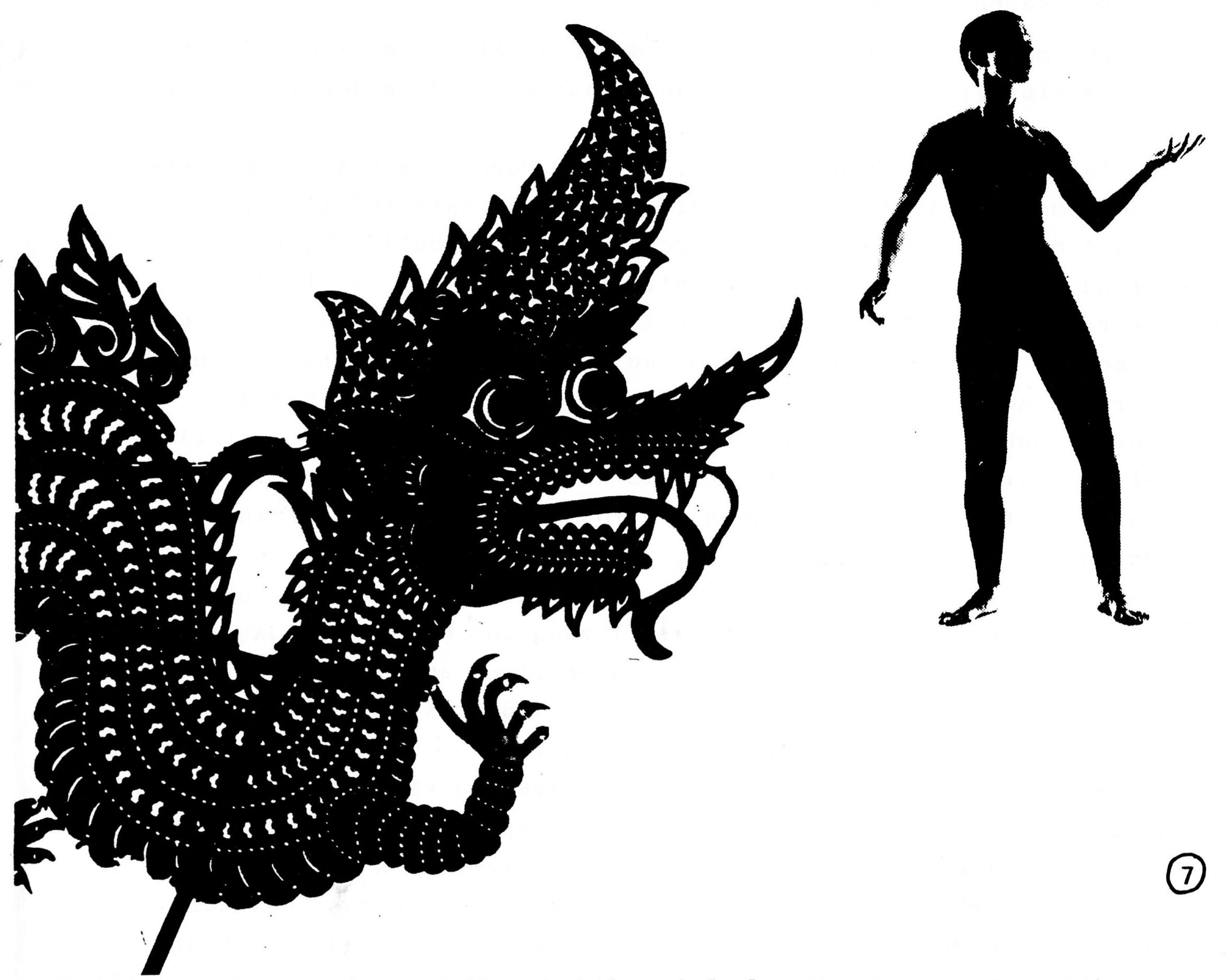
Nebenwirkung: Es steht zu befürchten, daß unser Boykott dem Konzern nicht auf der Stelle das Genick bricht und daß er seine Brühe noch ein ganz kurzes Weilchen weiter unter die Leute bringen kann, nur eben keinen Tropfen mehr an uns. Wir werden einen großen Bogen schlagen um die Pinten der MalocherInnen, der Unwissenden. Den Gerstensaft jetzt endgültig nur noch aus Bio-Anbau schlürfen, in UNSEREN KNEIPEN, da traut sich sone richtige ProletIn bekanntlich recht selten hinein. Während draußen die braune Soße wabert, werden wir drinnen anti-rassistische Partys feiern! Die Prowls und wir, wir werden künftig aus getrennten Regalen plündern! Wir werden vorher gründlich prüfen, ob das Objekt der allgemeinen Gier überhaupt BIOBIER im Angebot hat.

Zugegeben: Die Nebenwirkung ist denkbar schwach. Niemand wird Probleme haben bei der Wahl der richtigen Strategie, Taktik und Biermarke.

PROST!!!

BUNT !

DREISTE VERMIETERiNNEN



Massenweise Leute auf dem Hoffest bei der Linde letzten Samstag. Gute Stimmung, viele Nachbars aus den IBA-Neubauten um die Ecke. Wir reden miteinander, und die Zustimmung zum Widerstand macht Mut. Da kommen auch sie langerwartet, selbstverständlich wie Schliffkowitz in der Nostizstraße oder Von Harlessem aufm Fest der Wilden Wutz. Sie haben Räumungsklagen gegen die BewohnerInnen der Alten Feuerwache abgeschossen, sie drohen mit Bullenterror, und jetzt bauen die VermieterInnen der Lindenstraße 40 seelenruhig einen Stand aufm Anti-Räumungsfest auf und verteilen Zettel voller Hetze und Lüge. "Bunt Dreiste Pfadfinder" steht auf ihren anbiedernden Plakaten, BDP eben.

Von Irgendwo kommen drei Klauns und fangen auch noch direkt vorm BDP an zu jonglieren. Ärgerlich, die machen auf die SozialarbeiterInnen aufmerksam, und gleich wird wohl eine von denen ne Rede halten. Ob wir sie noch rechtzeitig vorher rausprügeln sollen? Mit Präzision wirbeln die Bälle durch die Luft.

Ein kleiner Fehler. Die Klauns haben versagt. Die Bälle sind ihnen runtergefallen, alle auf einmal. Es waren keine Bälle. Es waren Farbeier. Die SozialarbeiterInnen sind bunt und naß. Ihr Stand ist durchweicht, die Pamphlete fürn Arsch.

Dezenter doch allgemeiner Beifall im Publikum. Dann wendet mensch sich wichtigeren Dingen zu. Die PfadfinderInnen stehen dumm rum, dumm und naß. Sie bleiben nicht mehr lang. Linde bleibt.

DAS WAR SO SCHÖN...DAS WAR VERBOTEN...

Zum Weisestraßenfest am 22.7.

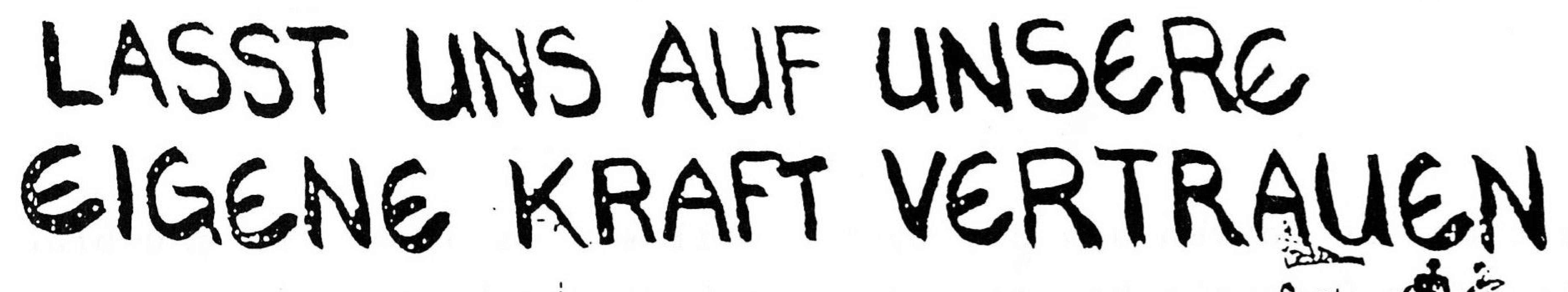
Wir wollen mit dem Papier versuchen, das Fest einzuschätzen und was zu seinem plötzlichen Ende durch den Dachstuhlbrand in der Weisestr. 47 sagen.
Es war für uns insoweit ein Erfolg, als wir durch die Masse der FestbesucherInnen den Versuch, durch ein Verbot radikale (Miet)Politik nicht auf die Straße zu lassen, durchbrachen. Die Bullen hatten sich abwartend in zwei Seitenstraßen postiert. Nachdem der Hof in der Weisestr. 48 voll war und einige Leute schon auf der Straße standen, sperrten die Bullen die Weisestraße an den Kreuzungen Kienitzer- und Herrfurthstraße ab. So hatten wir unser Fest auch auf der Straße und somit auch mehr Raum, uns und unsere Politik im Kiez darzustellen. Das als weiteren Schritt, Widerstand(s-kultur) geballter an die Öffentlichkeit zu tragen und somit auch greifbarer für die AnwohnerInnen zu machen.
Aber was lief da nu wirklich ab? Inhaltlich gabs einige Infos und Material zu Mietpolitik, Stadtteilzerstörung und Widerstand dagegen in Neukölln. Weiter gab es Stände von Neuköllner und Nicht-Neuköllner Inis und Gruppen mit anderen Schwerpunkten. ABER es waren ja kaum die Leute da, die wir im Kiez ansprechen wollten - halt fast nur Szene (außer Anfangs, als von "uns" noch nicht so viele da waren). Natürlich war es toll, daß sich so Viele (sicher auch durchs Verbot) mobilisieren ließen. Aber trotz guter Mobilisierung in Neukölln, besonders im Weisekiez, haben die meisten AnwohnerInnen das Fest doch nicht als ihres empfunden. Obwohl wir denken, daß son Festbesuch erstmal nicht so eine große Überwindung kostet wie z.B. eine Demo. Da stellt sich uns die Frage, ob nicht erst die Machbarkeit von Widerstand in ihrem ganz persönlichen Alltag greifbar werden muß, bevor der gewohnte Lebensbereich verlassen werden kann und die Bereitschaft zu gemeinsamen Handeln auftaucht.
So machte sich beim Ausbruch des Brandes im Dachstuhl des Hinterhauses der Weisestraße 47 bei uns Ratlosigkeit breit. Das Fest mußte hastig Abgeräumt werden, was total gut geklappt hat, weil viele Leute schnell mit angefaßt haben. Dann hörten wir in vereinzelten Gesprächen, daß einige AnwohnerInnen UNS mit dem Brand in Verbindung bringen ("Da wo die Chaoten feiern, brennt es ja immer"). Ohnmacht und Wut über dieses Ende des Festes ließ uns jede Handlungsfähigkeit verlieren. An-

nervereien von Leuten aus der Szene. weil wir es nicht für angebracht hielten, eine Demo als Reaktion auf das Ende des Festes zu machen, haben auch nicht dazu beigetragen, die Handlungsfähigkeit bei uns wieder herzustellen. Dazu kam dann noch die kurzfristige Festnahme eines uns bekannten Menschen, der angeblich was mit dem Brand zu tun haben sollte. Dieses lächerliche Konstrukt, durch eine Denunziation eines Bürgers entstanden, zerschlug sich noch am selben Abend.
Wir haben dann gleich am Montag in der näheren Umgebung Flugis gesteckt um klarzumachen, wie wir das Fest und den Brand einschätzen.
Bei Gesprächen, die wir mit MieterInnen des Hauses Weisestraße 47 geführt haben, gab es erstmal keine offensichtlichen Hinweise darauf, daß der Brand eine "warme Sanierung" sein könnte. Denn nach Aussagen der MieterInnen steht z.Zt. kein Abriß oder eine Modernisierung an. Ein seltsamer Zufall bleibt dieser Brand trotzdem. Erstmal wegen der unmittelbaren Nähe zur Weise 48 (direkt daneben), die ja abgerissen werden soll und dann, daß der Brand zeitlich mitten ins Fest platzte. Brandstiftung war es auf jeden Fall! Die Bullen sehen aber keinen Zusammenhang mit dem Fest oder mit dem drohenden Abriß der Weise 48 und deswegen gibt es für sie auch keinen "tatverdacht" in Richtung Spekulanten oder Faschos.
Wir wollen da auf jeden Fall weiter Recherchieren, denn es gibt immer noch zu viele Ungereimtheiten und zu viele sich widersprechende Gerüchte und Spekulationen.

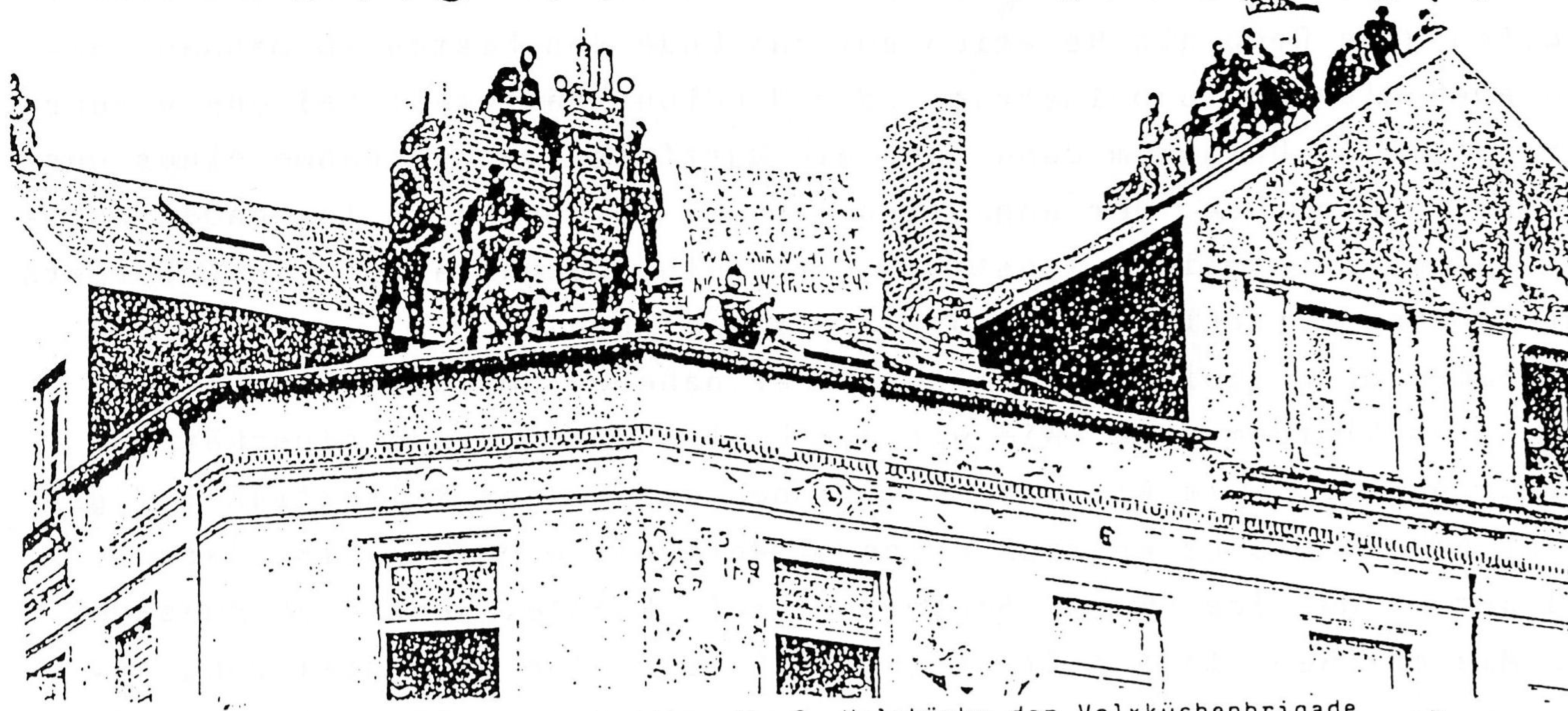
Hände Weg von der Weise 48 !!
Kein BDP-Übernachtungshotel in der Lindenstr. 40/41 - die Häuser den BewohnerInnen !!
Nostizstr. 49 bleibt !
Rückgabe der geräumten Häuser in der Marchstr./Einsteinufer an die vorherigen BewohnerInnen !!
Für den warmen Abriß des Kapitalismus/Patriarchats !!!!!!!
Für den Anarchismus !!!

Übringens am 9.8., um 19[00] Uhr ist in der LUNTE, Weisestr. 53, wieder offenes MieterInnen-Treff für alle die, die sich gemeinsam gegen Mietausbeutung und Spekulantentum wehren wollen oder die von Abriß und Modernisierung betroffen sind.

Anarchistisches Stadtteilkomitee



HAFEN BLEIBT



DER KAMPF GEGEN DAS PATRIARCHAT IST DER KAMPF GEGEN DEN STAAT

Wohnungen

Am 15.7. fand im Wedding die 2. Volxküche der Volxküchenbrigade der Biesentaler 4 statt. Wegen des derzeitigen Kräfteverhältnisses leider nicht in der B4. Das Wetter machte uns 'nen Strich durch unsere Planung. Um die Vokü aber nicht platzen zu lassen, zogen wir in die Hofeinfahrt der Prinzenallee 58. Trotz beschissenen Wetters kamen diesmal noch mehr Leute. Das versprochene türkische Essen, daß wir mit Hilfe von Genossen von Dev Genç .. haben, gab es trotzdem. Schade war halt, daß wir durch den zwangsweisen Umzug die türkischen, kurdischen und westberliner MieterInnen in der Biesentalerstr. und Umgebung diesesmal nicht erreichen konnten. Wichtig war uns allemal die Teilnahme von türkischen Genossen an der Vokü — Organisierung von MieterInnen- und Häuserkampf bedeutet für uns immer auch eine antifaschistische und internationalistische Organisierung. Dieser Kampf nicht als weitere Teilbereichsbewegung, ohne nach anderen zu schauen, sondern als Ansatzpunkt für eine weiteres Zusammenkommen mit Vielen. Einen Kampf nur um Wohnraum wollen wir nicht. Wir wollen Räume, auch um uns zu treffen, zusammen zu reden, weiterzukommen, nicht nur miT MieterInnen- und Häuserkampf. Deshalb die Volxküche zusammen mit Dev Genç. Daß es die türkischen und weddinger Leute gepackt haben, durch's Singen von internationalistischen Liedern die verregnete Stimmung zu verjagen war stark. Danach gab es 'nen Film zum Knastkampf in der Türkei. Die Frage, warum so ein Film gezeigt wurde, was er mit der B 4 zu tun hat, oder mit anderen Häusern, erübrigt sich. Dazu habeß wir oben schon etwas geschrieben. Eine gemeinsame Veranstaltung mit Genossen, die gegen den türkischen Faschismus kämpfen, paßt für uns da hinein. Von unterschiedlichen und gemeinsamen Ansätzen können sie und wir voneinander etwas mitbekommen und lernen. Daß es dazu Interesse gibt, haben die vielen Fragen gezeigt.

Daß diese Volxküche ohne eine Hundertschaft grünuniformierter Kapitalistenbüttel ablief, war sicherlich nicht allein eine Frage des Wetters. Sie dachten vielleicht, bei Regen fällt das Ganze flach. Sie wissen aber auch genau, daß die Aufmärsche der Büttel vor der Biesentaler 4 bei der Besetzung und bei der spontanen Weddinger Antifa-Demo einfach lachhaft war, halt ihre Methode, mit Widersprüchen umzugehen. Für die Beugsamen gibt es schöner Wohnen und Projektförderung, für die Hartnäckigen Knüppel und Schäferhunde. Sie wissen, daß wir ihre Ohnmacht vorgeführt haben, die Sympathien perspektivisch auf unserer Seite sind. Das wollen sie nicht so weitertreiben.

Es herrscht immer KRIEG in den STADIEN

Die BVV hüllt sich in Schweigen. Wen wundert's?
Den Druck von Schering, GESOBAU, DEGEWO, Klingbeil & Co
spüren viele täglich im Wedding. Daß auch rosa-grün z.B. den
Abriß der 500 Wohnungen in der Koloniestraße und Umgebung durch-
ziehen wird, wenn auch verzögert und lautloser, ist spätestens
se t der letzten "MieterInnenanhörung" klar.
Widerstand zeigt sich: B4, Freienwalder und sicherlich viele, von
denen wir noch nichts wissen. Daß die Grünuniform erten in der
Pankwache bereitstehen, haben wir mitbekommen.

Die Situation im Moment zeit uns, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt
zwar Häuser kurzfristig besetzen können, es aber nicht möglich ist,
sie zu halten. Zur Durchsetzung braucht es noch ein hartes Stück
Arbeit. Die können wir allein stadtteil-bezogen nicht schaffen.
Weder im Wedding noch in Kreuzberg. Dazu braucht es eine
Organisierung über die radikale Linke und die Kieze hinaus. Auch
ein Knacken des Mythos Kreuzberg 36. Nur wenn wir gemeinsame
kiezübergreifende Ansätze entwickeln. werden wir die Häuser,
die wir brauchen und die uns eh gehören,auch durchsetzen können.
Wir wollen ein gemeinsames Agieren vieler bei jeder Aktion und
über einzelne Kieze hinweg. Die Biesentaler ist nicht nur ein Ding
der WeddingerInnen, Die Weser 39 der NeuköllnerInnen, die O 192 der
K uzbergerInnen. Uns alle geht das was an.
Sie lassen uns nichts! Das Wenige, das wir uns erkämpft haben,
wollen sie uns nehmen! - Weshalb?
Der Angriff auf jeden unserer Ansätze dient der Zerstörung unserer
Perspektiven, um unseren berechtigten Widerstand zu brechen. Unser
Kampf ist ihre Angst. Sie räumen die Häuser, weil sie den Flächen-
brand unserer Idee fürchten. Ihre Argumente sind schwach und ver-
logen, dafür sind ihre Methoden brutal.
Sie wissen was bei 100000 Wohnungssuchendenb und gleichzeitig
mindestens 30000 leerstehenden Wohnungen, bei täglich größeren
Vermieter- und Maklerschweinereinen auf sie zukommt. Verhindern
können sie es nicht, nur hinauszögern. Deshalb räumen sie jeden
Funken ab, bevor er zum Flächenbrand wir.
Jüngste Beispiele für diese SPD/AL Linie sind Einsteinufer/Marchstr.
und die Wagenburg am Bethaniendamm. Die Räumung des SF und HH Ein-
steinufer/Marchstr. ist symptomatisch für das Vorgehen von rosa-
grün. Formal propagiert der Senat die "politische Lösung" für die
CDU/FDP "Altlast" Einsteinufer. Das das nichts als hohle Phrasen
und Versprechungen waren, ist spätestens seit dem 21.7. jedem/jeder
klar. Von ihnen haben wir nichts zu erwarten. Diese Räumung war von
langer Hand vorbereitet. Mediengerecht bvorbereitet war sie durch
Rias und Schamonie Radio und Fernsehen und durch SAT 1 in zahlreichen
Hetzsendungen. Die Aussagen von AL und SPD Sprechern, vom politi-
schen Staatsschutz überrumpelt worden zu sein, ist eine Phrase.
Wollen sie uns wirklich glauben machen, daß zwar GASAG, BEWAG,
Bauaufsicht eingeweiht waren, aber nicht der Senat? Pätzold wußte
sehr wohl von vorherigen Räumungsbestrebungen, der Durchsuchungsbe-
schluß datiert vom 10.Juli. Die technischen Räumungseinheiten der
Büttel waren wohl auch nur rein zufällig anwesend. Das Teile des
Innensenats und der AL mal wieder nichts wußten oder in Urlaub sind
ist kein Zufall. Dreisteste Methode, sich den Rücken frei zu halten.
Ein Staatsanwalt, der zu Diensten,ist, findet sich doch immer.
Pätzold ist in Urlaub und fein raus.
Denkste!

Daß die Charlottenburger SPD Bezirksbürgermeisterin Wissel
während der Räumung dann mal medienwirksam eine BEWAG Rechnung
für die BesetzerInnen bezahlt ist ein Teil ihrer armseligen
Heuchelei. Für uns ist es Faktum, daß SF und HH geräumt sind und
daß nichts unter der sofortigen Rückgabe akzeptabel ist!
Ähnliches gilt für die Wagenburg am Bethaniendamm. Auch diese
Wagen sind dem Senat ein Dorn im Auge. Daß es Obdachlosigkeit gibt,
aber daß Obdachlose sich offen für ihre Interessen einsetzen, zu
sehen sind, ist dem Senat zu viel. Sie sollen weg. Genauso wie das
Zeltdorf vor 2 Monaten auf dem Mariannenplatz. Da die DDR, der der
Grenzstreifen gehört, bei einer Räumung aber nicht mitspielt, ist
erstmal verstärkter Zivistreifen- und Faschoterror angesagt.
An einer Lösung auf politischem Weg zeigen SPD/AL trotz verlogener
Bekundungen kein Interesse. Das Kiezdach, Ableger vom Verein SO 36,
der die Menschen dort lediglich zur medienwirksamen Eigenprofilier-
ung ausnutzte, dort jetzt keinen Fuß mehr reinbekommt, begrüßen
wir auf's schärfste.

Ein weiteres Beispiel, daß das Spekulantenpack unter rosa-grün ihre
Auspressungspolitik unverändert zur CDU/FDP weiterführen kann, ist
die Weisestraße 48/Neukölln. Hier soll das Hinterhaus gegen den
Willen der MieterInnen zugunsten eines Neubauprojektes fallen. Die
Abrißgenehmigung liegt bereits vor. Den Dreckjob überläßt die
SPD/AL, die in Neukölln die BVV-Mehrheit hat, in diesem Fall dem
Baustadtrat von der CDU. Der SPD/AL-BVV ist ein CDUler in diesem#

Amt gerade recht. Sie wollen sich gerade in Neukölln mit einer prekären Sanierungs- und Wohnungssituation nach außen hin nicht auch noch die Finger schmutzig machen.
Um den MieterInnen auf allen Wegen den Garaus zu machen, nimmt die Schikane täglich zu. Denunziatorische, verlogene Anzeigen wegen angeblichem Stromklau, unberechtigter Benutzung des Dachbodens usw. sind nur ein paar Beispiele. Daß dann noch während des Straßenfests gegen Sanierungspraktiken und MieterInnenselbstorganisierung am 22. 7. von dem Nachbarhaus Weise 47 der Dachstuhl des Hauses abbrennt, ist für uns kein Zufall. Für uns ist dies eine faschistische Provokation gegen die MieterInnen der Weise 47 und 48, ein Angriff auf das Fest und die Politik des nahegelegenen Stadtteilladens. Ob warmer Abriß oder faschistische Provokation, wir werden uns diese Angriffe nicht weiter gefallen lassen!
Ähnlich ist der Fall der Lindenstr. 40/41. Hier wollen die pseudo-alternativen ÖkopfadfinderInnen vom Bund Deutscher Pfadfinder 70 MieterInnen auf die Straße setzen lassen, um hier 'ne Übernachtungsmöglichkeit für BerlinbesucherInnen einzurichten. Dies ist ein weiterer Schritt des Senats zur Umstrukturierung der Stadt zugunsten der Touristikunternehmer, gegen uns. Immer mehr Schicki-Läden, Touristenkneipen usw.. Das kennen wir schon. Wir haben nichts gegen Leute, die sich hier mal die Stadt anschauen wollen, aber daß wir dafür auf die Straße sollen, Einkaufspreise ständig steigen, dagegen setzen wir uns zur Wehr. Für die Touris empfehlen wir Interconti und Kempinski, aber Hände weg von unserem Wohnraum.

Von der Geschichte der Nostiz soll "geschickt" durch Ersatzwohnungen in der Jüterborger 8 abgelenkt werden. Der Widerstand gegen die Senatshäuserpolitik soll durch ein schäbiges Bonbon in Form von 5 Wohnungen, die 12 Leuten platz bieten, unterlaufen werden, obwohl in der Nostitz 30 Leute leben.

Es geht aber nicht nur um Häuser und Wohnungen, die fehlen, sondern um die Politik, die diesen Zustand möglich gemacht hat. Es ist völlig verlogen zu behaupten, daß die Nostiz für UmsetzmieterInnen geplant ist. Wäre sie nicht besetzt worden, wäre sie weiterhin ein Spekulationsobjekt und dem sicheren Verfall ausgesetzt. Glaubt rosa-grün tatsächlich, daß sie mit so 'ner Augenwischerei von den eigentlichen Mißständen ablenken können?
An den Beispielen wie Weisestraße, Marchstr., Einsteinufer und Biesentalerstraße wirdt mal wieder deutlich, daß sie sich in ihrer Politik in nichts von CDU/FDP Linie unterscheiden. Aber wir werden uns auch in Zukunft die Lebensräume nehmen, die wir haben wollen - die Nostiz in die Hände der BesetzerInnen.

Den Weddinger KritikerInnen, die sagen, wir würden zuviel in die anderen Kieze gucken, zuviel darüber schreiben, sagen wir: Nur gemeinsam können wir uns durchsetzen! Wir wollen weg von der nur stadtteilbezogenen Politik, hin zu einer übergreifenden Vernetzung. Deshalb sagen wir, die Kämpfe in jedem Stadtteil gehen uns etwas an, deshalb wird es eine nur auf Wedding bezogene Linie mit uns nicht geben. Daß wir die Antifa-Demo nur 2mal in 'nem Nebensatz erwähnt haben, ist eine berechtigte Kritik. Fast alle von uns waren da. Das ist auch unser Ding. Wir wollen es gerade auch mit anderen Weddinger Initiativen und Gruppen anpacken.

Weser 39, O 1192, Freienwalder 36/37, Reichi 114, Reichi 63 a, Fränkelufer, hunderte Beispiele ließen sich noch aufzählen.

WIR SAGEN: ES REICHT !!

Wir fordern hiermit alle Kämpfenden (militante und gewaltlose) Menschen auf, das Einsteinufer/Marchstraße zu verteidigen. HH und SF kommen wieder. Hafenstraße verteidigen - Einsteinufer/Marchstr. vergessen - für uns ein Unding. Jeder/Jedem, die/der die Geschichte des Hafens kennt muß das klar sein! Auch in der Hafenstraße standen die die Hafentage nicht am Anfang! Sie mußten erkämpft werden. Die Verteidigung der SHafenstraße beginnt hier in Berlin! Ein Schritt dahin die Verteidigung unserer Häuser.

Die 3 Häuser Einsteinufer/Marchstraße gehen uns alle was an!

HÄUSER-MIETERINNEN PLENUM DO.3.8.89 19 UHR NOSTIZ49

2.HÄUSER-MIETERINNEN VV FR.4.8.89 20UHR ORT: SIEHE INTERIM

V.i.S.d.P.: Rumpelstilzchen und Co. (ach wie gut, daß niemand weiß, ...)

D U R C H S U C H U N G S B E F E H L

Auf Beschluß des Plenums der "Wilden Wutz" wird die Durchsuchung des Gebäudes der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen angeordnet.

Begründung:

§1. Es beseteht der begründete Verdacht, daß sich im Gebäude Personen aufhalten, die u.a. folgende Straftaten begangen haben: massenhafte Zerstörung von Wohnraum, Verantwortlichkeit für Obdachlosigkeit, Bestechlichkeit, Verwicklung in Bauskandale, Diebstahl.

Deswegen sind teilweise die Personalien der sich im Gebäude aufhaltenden Personen festzustellen und bei den im Gebäude befindlichen Gegenständen, wie z.B. Feuerlöschern zu überprüfen ob ihre Inbesitznahme rechtmäßig erfolgt ist.

§2. Es bestehen begründete Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit des baulichen Zustandes des Gebäudes. Es sind Vertreter von "Wutzbau" hinzuzuziehen, die überprüfen sollen welche Maßnahmen in dieser Hinsicht notwendig sind.

Berlin, Charlottenburg, 24.07.1989

Wilma Wutz

Vorsitzende der "Wilden Wutz"

AN DIE "ANTI-

An die "Anti-Juppie-Front",

Über Euer Bekennerschreiben war ich insofern "erfreut", als daß ich schon glaubte, der Spruch auf dem Männerclo im Cafe Jenseits: "Stecht Reifen platt, "Gertrud" war erst der Anfang" sei die einzige Erklärung für Eure Aktionen.
Im folgenden will ich mich auf Euren Vorwurf der Denunziation beziehen, sowie auf die Bezeichnung "Bulle".
Als Ex-Hausbesetzerin beschäftige ich mich seit 8 Jahren mit dem Versuch der Organisierung von selbstverwaltetem Wohnen in Zusammenhängen, welche demokratisch legitimiert sind und langfristig verhindern helfen, daß weiterhin mit Grund und Boden spekuliert wird.
Die Tatsache, daß ich seit vielen Jahren hier lebe und arbeite, hat für mich die bisherige Faszination ausgemacht, daß dieser Stadtteil in Toleranz geübt ist, was bedeutet, daß Gruppen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Tradition miteinander (oder: akzeptierend nebeneinander auf engem Raum) leben können.
Dieser langjährige Konsens, auf welchen ich Wert lege, wird gebrochen, indem der bunten Vielfalt, nun die Einfalt weichen soll, mit Methoden, die ich nicht billige.
In der Regel pflege ich meine Meinung auf öffentlichen Kiezversammlungen zu vertreten, also keineswegs geheim, oder per Schreibtischtat. Jede anwesende Person hätte also die Möglichkeit mich direkt zu kritisieren und auf mögliche eingeschränkte Sichtweisen aufmerksam zu machen.

I c h h a b e k e i n e P e r s o n e n d e n u n z i e r t ,

sondern ich habe Vorgehensweisen öffentlich kritisiert, welche mich zur Statistin eines Spiels macht, mit dem ich nicht einverstanden bin.
Jede Person die vorgibt politisch zu arbeiten, sollte sich an den Taten messen lassen.
An der Vorgehensweise Eurer Aktionen läßt sich der Stellenwert ablesen, den Ihr Euch selbst gebt. (die Gedanken sind frei...)
Auf dem "Elefanten-Palaver" am Mittwoch, den 26.7. hat eine öffentliche Form der Auseinandersetzung über diese Vorgänge stattgefunden. Die Idee, die allgemeine Sprachlosigkeit überwinden zu helfen, um gemeinsam handlungsfähig zu werden, und möglicherweise die schon mal funktionierenden Blockräte wieder auferstehen zu lassen, hat Anklang gefunden.
Hätte ich "Kleinkrieg" im Sinn oder würde ich am Aufbau einer "alternativen Bürgerwehr" arbeiten wollen, dann hätte ich mich auch schon in der Vergangenheit in dieser Richtung ganz anders profilieren können.
Da mir danach nicht der Sinn steht-
bitte ich Euch
für ein "besseres Leben" weltweit
nicht gegen,
sondern mit Verbündeten
in konkrete, nicht anonyme Auseinandersetzungen einzutreten.

In diesem Sinne
mit den besten Grüßen

Gertrud Trisolini

Zur Information:
die vier Reifen haben mich 500 DM gekostet;
und das ist für einen "Juppie" wie mich verdammt viel Geld.

-JUPPIE-FRONT

Zwei Hilfssheriffs aus der Manteuffel 97 melden sich zu Wort

An die Anti-yuppie-Front:

Einige Dinge, die uns in Erstaunen versetzen.

1. Ihr, die ihr es doch eigentlich besser wißt, befleißigt Euch plötzlich einer Mediengläubigkeit, die es Euch erlaubt aus dem Zusammenhang gerissene Zitate ohne Überprüfung auf andere mögliche Inhalte zu übernehmen.

2. Wir sind verwirrt. Was ist für Euch eigentlich ein Denunziant? Bisher dachten wir ein Denunziant wäre ein Mensch der andere Menschen namentlich bei den Behörden anzeigt, um sich aus politischen oder sonstigen Motiven einen persönlichen Vorteil zu verschaffen.
   Der unsaubere Gebrauch von Begriffen läßt uns aneinander vorbeireden. Stattdessen werden wechselseitig Diffamierrungsvorwürfe angehäuft, die ein sinnvolles Ziel vermissen lassen. Die direkte Auseinandersetzung findetüberhaupt nicht statt . Sie würde Vieles erleichtern.

3. Zu Euren Aktionsformen:Prinzipiell haben wir gegen platte Reifen oder zerbrochene Scheiben nichts einzuwenden. Aber wessen Reifen und Scheiben? Wir sind damals in unseren Kaderschulungen über andere Gegner informiert worden. Auch dies verwirrt uns, sind die Lehrpläne geändert worden?
   Ihr wißt offenbar, daß wir die neuen Bosse, die neue Mafia sind, unsere Bankkonten leider noch nicht.

4. Die zahlreichen Rollenzuweisungen durch Euch stürzen uns langsam in die Identitätskrise. Wer sind wir denn nun eigentlich? Jeden Morgen die gleiche Frage, bin ich heute Hilfsbulle, Faschistenschlampe, Bürgerwehrmitglied, Alternativ-Yuppie oder Denunziantin?

Mit der Bitte um Aufklärung.
Vielen Dank für die Grüße an die Hausgemeinschaft, aber wir lassen uns das Denken nicht abnehmen und haben nun mal was gegen Sippenhaft und Anonymität.

Heidi und Sabine (gleiche Klingelanlage, gelber Roller, weißer Käfer)

Gertrud, Heidi und Sabine

Eigentlich war ich dagegen ihre zwei Briefe abzudrucken. Meiner Meinung nach gehören sie nicht in diese Zeitung. Dafür gibt es andere Medien, die Sie, Gertrud, schon in der Vergangenheit benutzt haben. Ich sehe beide Briefe weder als konstruktiv, noch als selbstkritisch oder solidarisch. Stattdessen lenken Ihre Briefe von der Tatsache ab. Die Sprache und der Inhalt entlarven Sie, als Leute, die auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Die Briefe ergeben zusammen die bekannte Arroganz der Macht, a la alternativ. Ich sehe die INTERIM nicht als ein bürgerliche pseudo-liberalistisches Blatt, was alle Seiten zu Wort kommen lassen muß. Ich bin aber von der restlichen Redaktion niedergestimmt und schreibe deswegen was zu Ihren Briefen.
Sie, Gertrud, haben was ihre Äußerungen in den staatstragenden Medien angeht, Scheiße gebaut. Scheiße indem ihre Äußerungen verlogen und verdreht sind. Nun, entweder sind Sie dumm undließen sich vor einen fremden Karren spannen, oder Sie sind eine Opportunistin, die glaubte zu merken die ganze Welt hetzte gegen die Menschen, die dieses System immernoch militant bekämpfen, und wollte von der Partie sein. Wer den bürgerlichen Medien damals glaubte, für den war es sowieso der Anfang des Endes einer militanten Linken. Vielleicht sahen Sie ihre Handlung als alternativ-bürgerliche Pflicht. Vielleicht sahen Sie sich als Heldin, die die schwarz-rote Bestie den entscheidenden Schlag austeilen konnte.
Jetzt merken Sie, daß die bürgerliche Medien lügen. Ja, wir sind immer noch da. Was der staatliche Repressionsapparat über Jahre nicht wegkriegt, schafft die TAZ in Monaten auch nicht weg. Als Opportunistin gehen sie nun in die Offensive und versuchen ihre eigeneRehabilitierung einzuleiten. Sie berufen ein Kiezpalaver ein, das sie sicherlich sehr beeindruckt hat. So beeindruckt, daß sie kein einziges Wort darüber in ihrem Brief erwähnten, geschweige sich überhaupt auf eine Kritik eingelassen zu haben. Weiterhin schreiben sie einen hohlen Brief an die INTERIM, um verstärkt ihre Unschuld zu beweisen. Ihr Brief beweist mir nichts anderes, als das Sie ein paar Tricks im Kasten haben und keine Interesse an einer Auseiandersetzung. Eine Opportunistin. Eine Täterin, die sich zum Opfer macht.
Als Rückendeckung kommen ihre Freundinnen, Heidi und Sabine, dazu. Daß sie den Stil der TAZ-Pastorin Vera Gaserow ("Ihr, die eure Gesichter nicht zeigen") wählen, überrascht nicht. Und schon konzentriert sich alles auf die semantische Haarspalterei: War es Denunziation oder nicht? Über Gertruds Handlung kein Wort.
Mitleid sollen wir auch mit den beiden Frauen haben. Sie befinden sich in einer Identitätskrise. Wer sie sind weiß ich auch nicht. Polemekerinnen? Zynikerinnen? Von der politischen Realität haben sie allerdings keine Ahnung. Sie beklagen sich über die Anonymität unsererseits. Da sollen sie sich an Gerd Nowakowski wenden. Es ist nicht eine Frage der Anonymität, sondern die Anonymität gegenüber wem.
Zuletzt will ich mich an die anti-yuppie-front wenden. Ich fand eure Aktion gut. Daß ihr viel einstecken werdet, ist klar, Beim Kübel war es das gleiche. Gegen IWF oder für die FSLN, da schwärmen sie alle. Das ist alles schön weit weg. Die Alltagszerstörung hier ist jedoch was anderes. Den Luxus der Klarheit gibt es hier nicht. Wenn in K 36 eineYuppie-Kolonie ist und wir alle rausgedrängt sind, dann werden die BesserwisserInnen der Szene ganze Broschuren mit schlauen Analysen oder ihre Dissertationen darüber schreiben, die alles erklären. Weiterhin müßt ihr bedenken, es gibt eine Klassenidentität, die eine komische, andere Solidaität hervorruft. Viele identifizieren sich mit Gertrud. Sie ist klug, fleißig und opportunistisch. Wenn sie Scheiße baut, weiß sie wie sie sich rauswinden kann. Ihr sprecht nicht ihre Sprache und handelt nicht nach ihren Werten.
Deswegen wünsche ich eurer Front viel Power und den Mut euren Weg fortzusetzen.

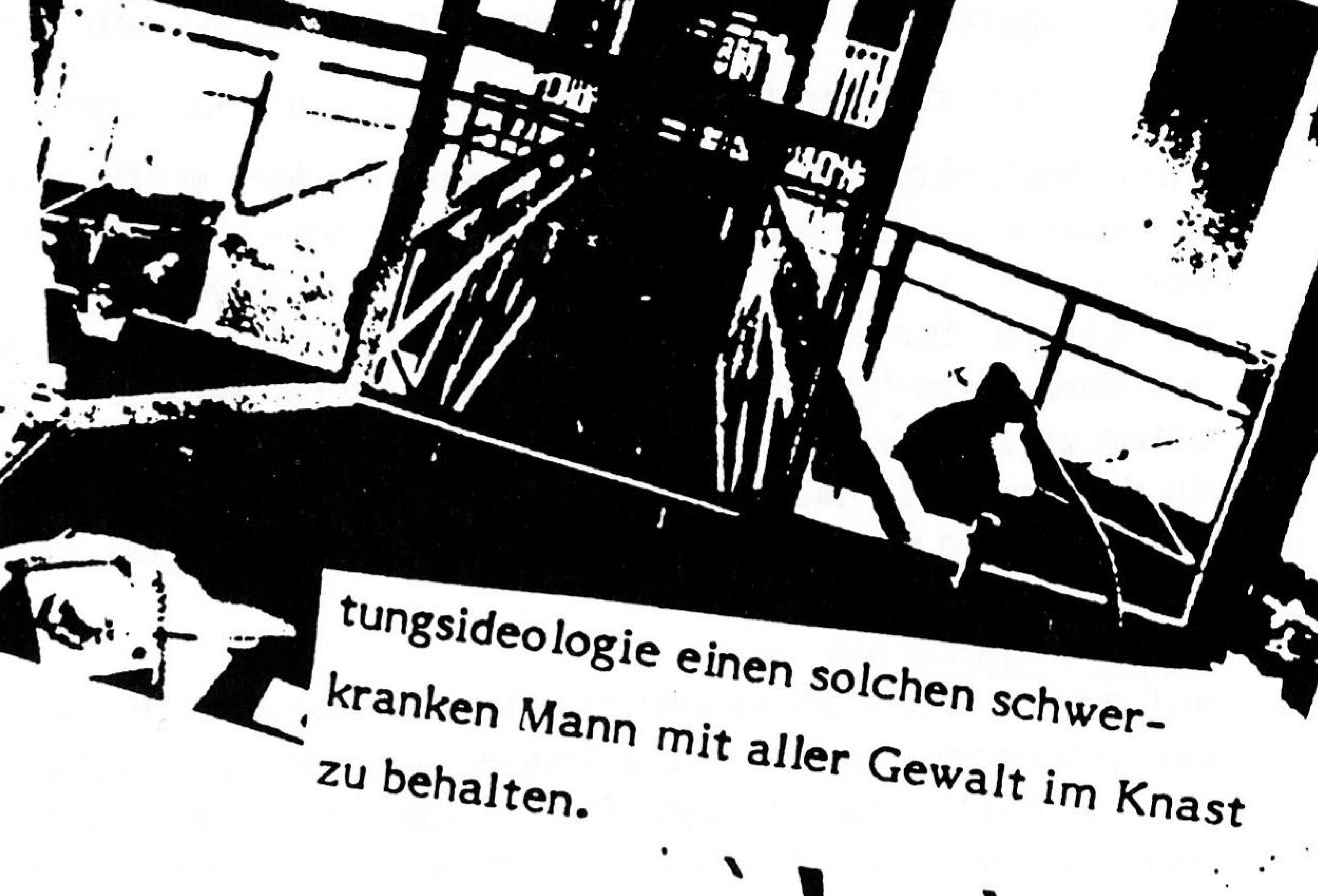
Ein Redakteur

AKTUELLES AUS DER JVA TEGEL

zur medizinischen (Unter)Versorgung

Es ist in letzter Zeit einiges zur medizinischen Versorgung und der krankmachenden Bedingungen im Knast gesagt worden.
Diese intensiveren Diskussionen fanden ihren Auslöser im Hungerstreik anfang des Jahres woran Gefangener aus RAF und Widerstand, den Frauen aus der JVA Plötzensee und anderer sog. sozialer Gefangener bundesweit beteiligt waren.
Dabei wurdev zum einen eine breite iskussion zur "Komalösung" und eine andere zur Freilassung der Haftunfähigen Gefangenen geführt.
Nur reduzierte sich diese Forderung im endeffekt auf die Freilassung der Haftunfähigen Gefangenen aus RAF und Widerstand, auch wenn es hier und da breiter gemeint war/sein sollte.

Wir wollen jetzt hier nicht eine längst überfällige Auseinandersetzung führen -ondern auf den Fall Jürgen M. hinweisen, der seit Jahren Herzkrank ist, in der JVA Tegle schon zwei Herzinfakte erlitt (1982/1986) und am 23,7.89 um 20.40 Uhr zum dritten mal einen Herzinfakt bekam.
Jürgen M. liegt zur Zeit im Rudolf-Virschow Krankenhaus.
Jürgen M. ist nicht der einzigste dem eine Entlassung auf Totenwschein bevorsteht wenn er nicht sofort Haftverschonung erhält.
Bei Jürgen M. ist es seit spätestens 1982 Aktenkundig, daß er schwerkrank ist.
Es spricht für die herrschende Verknas-



tungsideologie einen solchen schwerkranken Mann mit aller Gewalt im Knast zu behalten.

Wie soll mensch ein solches Strafbedürfnis definieren wo die abenteuerlichsten Begründungen herhalten müssen um eine Haftfortdauer zu legitimieren und andererseits Leute wie "Antjes" auf Haftverschonung freikommen.
Uns geht es nicht darum bei den einen oder anderen mehr oder weniger Knast zu fordern sondern um ein klares Verhalten allen Haftunfähigen Gefangenen Menschen gegenüber. Das heißt sie zu entlassen.
Es wird sich die nächsten Tage zeigen wie sich der rosa-grüne Senat zu diesem Fall verhalten wird.
Wir denken, daß er sich nach allen "guten Vorsätzen" es sich nicht leisten kann diesen Fall zu ignorieren so wie es unter anderen Justizsenatoren die Regel war und zumindest, auch wenn es nur oberflächliche Kosmetik sein wird ein Zeichen setzen muß/wird um als glaubwürduig dazustehen, denn eine radikale Knastpolitik ist schon längst niht mehr zu erwarten.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE FREILASSUNG VON JÜRGEN M. SOWIE ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN MENSCHEN

NEUES AUS DEM FRAUENKNAST PLÖTZENSEE

der hungerstreik einiger gefangenen frauen ist seit 2 monaten vorbei.

was ist mit dengemachten zusagen, wie ist die situation zur zeit?

die möglichkeit an den nachmittsgen andere stationen aufzusuchen läuft im moment noch ohne probleme. die türen werden von montag bis freitag in der zeit von 16h-21.30h vier mal für eine viertel stunde geöffnet. am wochenende ab 12h-21.3oh sieben mal für eine viertel stunde. inzwischen macht sich unter den schlusen "schließunlust" breit und es gab gespräche, daß es sinnvoller wäre, die türen ganz offen zu lassen.
an der neuen freistundenregelung(hofgang) hat sich bisher nichts geändert. sie finden ohne direkte überwach ung statt, an wochentagen 5 stunden, an den wochenenden 11 stunden.

lockerungsstation

auf der im märz 89 eingerichteten lockerungsstation in haus 5(btm haus) hat es auch veränderungen gegeben.die frauen werden nach ausgängen-also nachdem sie "haft-urlaub" hatten-nicht mehr für 3 tage auf die aufnahmestation in haus 1 gesperrt, sondern gleich wieder auf station. auch wurde ihnen angeboten am täglichen stations-umschluß teilzunehmen, entweder mit der therapiestation oder mit den anderen stationen. beides haben die frauen abgelehnt.
die besuche bei btm-gefangenen laufen jetzt für eltern, geschwister & kinder (soweit sie unter 14 sind) ohne trennscheibe.
die post wird bisher wirklich nur stichprobenmäßig kontrolliert. sowohl die, die die gefangenen frauen herausgeben, als auch die, die sie bekommen. einzig von einer gefangenen aus haus 2 (langstraferinnenhaus) wurde bekannt, das ihre post regelmäßig kontrolliert wurde. nach ihrer beschwerde bei der senatsverwaltung wurden die kontrollen eingestellt.
die zensur wurde allerdings durch die stichprobenregelung nicht aufgehoben. du weißt ja nie, ob nicht gerade dein brief geöffnet wird, und beschränkst dich daher noch genauso in deinen äußerungen. aber es ist jetzt möglich bilder, zeitungsartikel, plakate, flugis, broschüren reinzuschicken, die sonst grundsätzlich vom briefamt beschlag-nahmt wurden.

eine weitere zusage der justizverwaltung wird jetzt, da es um die konkrete um-setzung geht, stück für stück zurückgenommen. flügge, der leiter der abteilung für strafvollzug hatte den gefangenen frauen die einrichtung eines häuserüber-greifenden kommunikations-zentrums zugesagt, an dessen planung sie beteiligt sein sollten. die gespräche über das zentrum liefen jedoch ohne die frauen. erst anfang juli gab es ein treffen auf dem die gefangenen aus allen häusern (aber keine frauen, die in u-haft sitzen) zusammen über ihre vorstellungen reden konnten. auch das mußten sie erst durchsetzen, denn sie waren nicht etwa unter sich, anwesend war auch ika klar, die anstaltsbeirätin und noch eine weitere frau aus dem beirat.
ika klar schilderte auch gleich <u>ihre</u> vorstellung eines kommunikations"treffens". alle 14 tage könne das treffen ja stattfinden und unter gruppen von draußen - deren teilnahme am kommunikationszentrum ebenfalls von flügge zugesagt worden war - unter diesen gruppen stellte ika klar sich z.b. das arbeitsamt vor.
die frauen konnten durchsetzen daß die beiden anstaltsbeirätinnen den raum für 90 minuten verließen. das 90 minuten nicht reichen, um de unterschiedlichen vor-stellungen zu klären und ein gemeinsames konzept zu entwickeln versteht sich von allein. die gefangenen frauen haben in dieser zeit erstmal punkte gesammelt:
sie gestalten den raum selber, ne art teestube, täglich geöffnet, für alle zugänglich auch für die gefangenen aus haus 1 und die abschieberinnen, nen festen etat für kaffee, tee, kuchen u.s.w. auch die freien gruppen wollen sie selbst bestimmen.
erste vorschläge waren radio 100 und babylonia, was auch von allen anwesenden frauen angenommen wurde.
es hat sich dann eine arbeitsgruppe für das kommunikation-zentrum gebildet (gefangene aus haus5, haus4, haus2), die auch darauf bestanden hat, an der nächsten sitzung von senatsvertretern, anstaltsbeirat und anstaltsleitung teilzunehmen.

auf dieser sitzung war als vertreter der justizverwaltung der flügge-stellvertreter freyse dabei. nochmal auf die freien gruppen angesprochen meinte freyse, eine

solche zusage hätte flügge nie gemacht.....
mit anderen worten, es soll alles beim alten bleiben: nur gruppen, die justizverwaltung und anstaltsleitung systemkonform genug erscheinen, haben die möglichkeit in der plötze kurse, projekte zu machen - natürlich erst nach einer eingehenden sicherheitsüberprüfung. und an einer entstehenden diskussion zwischen drinnen und draußen haben die zuständigen herren und damen sowieso kein interesse.
einen weiteren klopfer setzte freyse gleich noch oben drauf. wenn die gefangenen überhaupt noch einen einfluß auf das kommunikationstreffen haben wollen, dann aber nur noch über insassenvertreterinnen. diese form der mitarbeit wird von den gefangenen schon seit langem verweigert, in keinem der häuser gibt es eine insassenvertreterin. das ist der justizverwaltung natürlich nicht unbekannt.

das die frauen nicht alleine reden konnten, ihre verschiedenen vorstellungen,die sich zum teil gegeneinander stehen, vor freyse, anstaltsleitung und ika klar bereden mußten, machte die situation immer gespannter und unerträglicher. zum nächsten treffen kamen deshalb schon viel weniger frauen und die bestehenden konflikte zwischen haus 2 und haus 5 verhärteten sich wieder. daran zeigt sich nochmals ganz die wichtigkeit eines regelmäßigen kommunikationstreffens. seit der belegung der plötze 1985 versucht die anstaltsleitung konflikte zwischen den gefangenen aus haus 5 und haus 2 zu schüren, die frauen gegeneinander auszuspielen und die unterschiede der frauen für ihre spaltungsmaßnahmen zu nutzen.
ein häuserübergreifendes zusammenkommen - regelmäßig und nicht nur alle 2 wochen - schafft erstmal eine basis das aufzubrechen.

jetzt fragen sich vielleicht einige, warum wir das mit den konflikten nicht genauer schreiben. wir finden, daß dazu die gefangenen selbst was sagen müssen, haben keine lust über se zu berichten, jedoch auch keine lust, die situation zu verfälschen, indem wir das weglassen. wir können informationen sammeln und öffentlich machen, so gut und so genau, wie wir es mitbekommen. wir hoffen, daß von den frauen aus der plötze selbst über ihre situation was kommt, um anzufangen zu durchbrechen, daß immer nur während streiks oder ähnlichen "größeren" aktionen draußen ein wissen darüber besteht, was in der plötze grade situation ist.

GEGEN SPALTUNG UND ISOLATION

DRINNEN UND DRAUSSEN

NEUROLEPTICA VERSUS SCHEIßE

Aus der Justizvollzugsanstalt Kassel erreichte uns folgender Leserbrief:
„Eduard Michalovicz, die Gefangenen nennen ihn „den kleinen Eddi", wird wegen einer massiven Auseinandersetzung mit dem Sozialamt in den Knast gesperrt. Und weil er ein ach so gefährlicher Verbrecher ist, landet er in einer Anstalt der Sicherheitsstufe I, in Butzbach - und da natürlich noch auf der Sicherheitsstation B II.
Weil Eddi sich nicht so verhält, wie man es von ihm erwartet, weil er schon mal Scheiße aus dem Fenster wirft, weil er schon mal lautstark über den Knast schimpft wird er abgespritzt mit Neuroleptica. Und immer wenn er seine Bewegungsfähigkeit zurückerlangt, also wenn die Wirkung der hochdosierten Neuroleptica nachlässt, dann schmeißt er wieder mit Scheiße.
Als es allen Beteiligten klar wird, daß es mit der Schikane von Eddi, auf dem, weil er ja der kleine Eddi ist, und weil er zudem ja abgespritzt herumtorkelt wie ein schlechtkoordinierter Roboter, jeder seine Komplexe abreagieren zu müssen glaubt, zu schlimm wird, da verlegt man ihn auf die Krankenstation der JVA Butzbach, auf C II. Dort wird Eddi, der hin und wieder auch mal in einer der berüchtigten Beruhigungszellen landet, zusammengeschlagen. Er ist halt notorisches Opfer.
Wir intervenieren, reden einem der Schläger in's Gewissen und versuchen den Psychologen dazu zu bewegen, daß er dieses Verprügeln und die Neuroleptica abstellt. Unsere Station bietet an, daß wir ihn zu uns nehmen und versuchen, ihn ganz ohne Neuroleptica zu integrieren. Wir halten das kriminelle Abspritzen für völlig unangemessen. Butzbach, wo gerade der Tod zweier Gefangener, die sich selber verbrannten, harte Kämpfe ausgelöst hat, verlegt Eddi schnell nach Kassel. Zu uns wollte man Eddi nicht lassen. Hier landet er wieder auf der Krankenstation, auf Dora II. Und als ich zwangsverlegt aus Butzbach hier ankomme, wird mir berichtet, Eddi werde nach wie vor abgespritzt. Das Übliche: Neuroleptica gegen ein bissel Scheiße!
§ 455 StPO sieht vor, daß wer im Knast in Geisteskrankheit verfällt zu entlassen ist. Die Rechtslage ist von erfreulicher Klarheit. Und Neuroleptica sind, wenn überhaupt, nur bei akuten Psychosen erlaubt. Daß in Hessen, wie das Ministerium inzwischen eingestehen mußte, an einem Stichtag im letzten Jahr rund 2% der Gefangenen „ruhiggestellt" waren, wie die es so nett formulieren, zeigt das Verhältnis dieses Justizministers nicht nur zu Recht und Gesetz, sondern auch zur Würde der inhaftierten Kranken.
Die Landesärztekammer schrieb mir dieser Tage, daß man das Verfahren wegen Neuroleptica abgeschlossen habe, ich sei ja nach Kassel verlegt.
Für die Eddis gibt es also keinen Schutz, sie torkeln weiter, plattgespritzt durch die Knäste zwischen Darmstadt und Kassel, sie zeigen in welchem Maß die Ärzte im Vollzug sich selber zu Tätern machen.
Am 23.5. berichtet man mir, Eddi sei in der sogenannten Beruhigungszelle, und man habe ihn wüst zusammengeschlagen. Am 27.5. bringen Mitgefangene Eddi zu mir, er ist total platt und hat Striemen am ganzen Körper, blauschwarz unterlaufen, vor allem im Bereich der Leber und der Nieren. Er habe, so behauptet man, mit heißem Kaffee geschüttet, der kleine Eddi, weil Gefangene in der B-Zelle auch heißen Kaffee erhalten.
Seit der Publizität der Ereignisse um die Glocke in Hamburg, wo schon mal der eine oder andere Gefangene totgeschlagen wurde, weiß man was in B-Zellen angesagt ist. Leichen sind dort nur normal. Und wann kräht schon mal ein Hahn danach, was sich in der schallisolierten B-Zelle abspielt, wo der Gefangene und das Rollkommando unter sich sind ?!
Eddi, vielleicht 1,65 groß, „ruhiggestellt" und wirr, alleine mit den Beamten in der B-Zelle - und dann hat er überall Striemen. Der Mann der mich alarmierte ist inzwischen strafverlegt, was natürlich nichts mit der Sache zu tun hat, wie man ja immer vorab schon weiß, und der um Hilfe angeflehte evangelische Pfarrer hat eh keine Zeit.
In Butzbach wird gekämpft, in Kassel haben wir Tränen der Wut in den Augen. Am 29.6. hatte ein Freund von uns Termin, dabei ging es vor dem Amtsgericht in Kassel um eben diese B-Zelle, um eben diesen Zynismus, der solche Striemen an hilf- und wehrlosen notorischen Opfern erst möglich macht - aber angeklagt ist mal wieder, wie so oft in Kassel, der Gefangene. In schallisolierten Zellen sind die anderen immer in der Überzahl. Gefangene sind schön selber daran schuld, wenn man sie totschlägt!
Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es geht nicht darum, daß hier ein Schläger vielleicht mal ausrastet, es geht nicht darum, daß, wie in Butzbach so nett behauptet, „ein Unglück" geschehen sei, es geht darum, daß ein System diese Schweinereien als logische Konsequenzen hat. Der Vollzug in Hessen ist darauf ausgerichtet systematisch Vollzugsleichen zu produzieren."

Babylonia

im Kerngehäuse · Cuvrystraße 20 · 1000 Berlin 36 ☎ (030) 6116089

Plötze-Frauen verschaukelt

Wie in jedem Sommer führt Babylonia auch dieses Jahr wieder Intensiv-Sprachkurse Deutsch für AusländerInnen durch.
Thema des Juli-Kurses war Europa 1992, Unterthema in der letzten Woche: Entwicklung des Knastsystems in Europa.
Sowohl bei den Plötze-Frauen als auch bei den KursteilnehmerInnen bestand/besteht großes Interesse an einem Austausch über dieses Thema in Plötzensee.
Aufgrund der Zusagen oder Versprechungen zum Ende des Hungerstreiks, die Kommunikation zwischen drinnen und draußen solle gefördert und erleichtert werden, u.a. durch die Einrichtung eines eigenen Kommunikationsraumes innerhalb des Knastes, haben wir also einen Antrag gestellt auf ein solches Gespräch zwischen der Gruppe der Deutschkurs-TEilnehmerInnen und einer Gruppe von Gefangenen.
Beim Abklären der Erfolgsaussichten eines solchen Antrags kam es dabei zu einer augenfälligen Diskrepanz zwischen den Informationen von seiten der Gefangenen und den Äußerungen von politischer Seite.
Die AL begrüßte so die Initiative, räumte ihr aber keinen Erfolg ein, da es bis jetzt noch nciht einmal zu einer häuserübergreifenden Kommunikation zwischen den Gefangenen innerhalb von Plötzensee gekommen sei. Sie sah sich außerstande, dem Antrag von politischer Seite aus Nachdruck zu verleihen.
SPD-Abteilungsleiter Flügge, der von den gefangenen Frauen so zitiert wurde, daß er während der HS-Verhandlungen erklärt habe, es sei schließlich sein ganz persönliches Anliegen, die Kommunikation zwischen drinnen und draußen zu ermöglichen, machte es sich ganz einfach - er hatte einfach"überhaupt keine Zeit, da zu intervenieren; das müssen Sie verstehen!"
Klar - als Regierungspolitiker hatte er die Aufgabe (und die Zeit), den Hungerstreik zu beenden, nicht mehr und nicht weniger. Das verstehen wir.
Und Anstaltsleiter Höflich kann dann auch getrost in altbewährter höflich-zynischer Form seine Ablehnungen schreiben.
Alles beim alten im neuen Frauenknast?

Der Leiter der
Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin

BERLIN

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin
Friedrich-Olbricht-Damm 17, D-1000 Berlin 13

Babylonia e.V.
z.Hd. Hr.
Cuvrystr. 20

1000 Berlin 36

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
457-571.89

Telefon
(0 30) 3 46 94-0 (Verm.)
(0 30) 3 46 94- (Durchw.)
(9 33) 72 (intern)
Telefax (0 30) 34 69 44 57
App.-Nr. 459

Datum 20.7.1989

Sehr geehrter Herr

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 16.7.1989.

Die an Sie gelangten Informationen haben offenbar zu einem Mißverständnis über Art, Umfang und Zweck der hier eingerichteten sogenannten "Kommunikationsgruppe" geführt. Bei dieser Veranstaltung handelt es sich um eine Gruppe die von Mitgliedern des Anstaltsbeirats moderiert wird. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß diese bei Bedarf auch Dritte, z.B. Mitglieder freier Wohlfahrtsverbände, hinzuziehen. Es ist jedoch nicht beabsichtigt - weder von mir noch von der Senatsverwaltung für Justiz - die Anstalt über die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten hinaus für beliebige Außenstehende oder Einrichtungen, wie z.B. Ihre Sprachschule,zu öffnen.

Ich vermag daher Ihrem Wunsch nicht zu entsprechen.

Hochachtungsvoll

Höflich

He

Verkehrsverbindungen: 23, 65, 89

DAS NEUSTE AUS DEM ARBEITERINNEN - UND BÄUERINNENPARADIES !!!

Neben der neusten Ausgabe der "Umweltblätter" erreichte uns letzte Woche ein Artikel über die Untergrundpresse in der DDR der unten beginnt. Danach folgen mehrere Beiträge aus der neusten Nummer: Wie die DDR aus Scheiße (Müll) Gold macht; eine Stellungnahme zum Besuch von Momper in der DDR (auch die Basisgruppen in der DDR verlieren schnell ihre Ilusionen über den rot-grünen Salat); ein Bericht über das Leipziger Straßenmusikfestival (in dem außer Witz auch gut die derzeitige Mischung von Pseudodiskussion und planker Repression rüberkommt, mit der die Herrschenden zur Zeit auf die Opposition reagieren); ein Bericht zur Wahldemo am Alex; eine Realsatire aus Berlin - Weißensee über die "Wahrheiten" sowie noch zwei kurze Meldungen. Viele Berichte über weitere Demos in Ost-Berlin und Leipzig sind uns zum Nachdruck einfach zu lang und bringen athmosphärisch wenig Neues.

Untergrundpresse in der DDR

In der DDR herrscht totaler Genehmigungszwang für Druckerzeugnisse aller Art.Die Kirche darf zur "betrieblichen" Kommunikation Druckerzeugnisse im Selbstverlag herstellen. Um dieses Privileg zu nutzen,siedelten sich die unabhängigen Gruppen in den Kirchengemeinden an.Unter der Schutzformel "Nur zur innerkirchlicher Information" etablierte sich eine eigene,staatlich unzensierte "Presse". Diese "Presse" besteht aus Informationsblättern (Zeitungen sind genehmigungspflichtig!) in denen die Gruppen Arbeitsergebnisse,Berichte,unterdrückte Informationen etc. veröffentlichen.Der Spielraum dieser Informationsblätter hängt von der Institution Kirche ab,insbesondere von dem theologischen Selbstverständniss und der Zivilcourage des jeweiligen Gemeindekirchenrats.Die Maschinen und Druckmaterialien müssen aus dem Westen beschafft werden,da diese in der DDR nicht erhältlich sind.

Es gibt in der DDR mittlerweile eine kaum zu überblikkende Anzahl von regelmäßig und einmalig erscheinenden Broschüren.Sie werden über Verteiler von Gruppen und auf Veranstaltungen vertrieben.

Im folgenden stellen wir die bekanntesten Berliner Blätter vor.

Der FRIEDRICHSFELDER FEUERMELDER wird vom Friedrichsfelder Friedenskreis monatlich herausgegeben.Er berichtet mit viel Hintergrundinformation über aktuelle politische Entwicklungen im Ausland.Der FF erscheint in einer Auflage von 200 Exemplaren.

Die UMWELTBLAETTER werden in einer Auflage von 2000 Stk. *
vom Friedens-und Umweltkreis der Zionskirchgemeinde publiziert. Der Schwerpunkt der Blätter liegt auf der aktuellen Berichterstattung. Sie sind in die regelmäßigen Rubriken Aktuelles (!), Umwelt, Osteuropa, Disskussion, Dokumentation und Nachträge gegliedert. In den Blättern kann jederfrau/mann Artikel und Berichte veröffentlichen.

Der MOANING STAR ist das "chaotische Spontiblatt" der Gruppe Kirche von Unten und der Offenen Arbeit. In einer Auflage von ca. 1000 Exemplaren* wird auf respektlose Art und Weise über aktuelle Ereignisse berichtet.
Das Heft KONTEXT wird von einer Redaktionsgruppe herausgegeben. Die Artikel setzen sich auf hohem theoretischem Niveau mit Themen aus Gesellschaft, Politik und Geschichte auseinander.
Im künstlerischen Teil werden Lyrik und Prosa von überwiegend unveröffentlichen Autoren abgedruckt. Kontext erscheint 2 monatlich in einer Auflage von 800 Exemplaren.
Die ARCHE NOVA wird von der landesweit arbeitenden Gruppe a r c h e herausgegeben. Jedes Heft hat einen umweltpolitischen Schwerpunkt. Die Beiträge beschäftigen sich mit der Entwicklung und der aktuellen Situation des behandelten Themas. Die Erscheinungsweise ist 2monatlich.

PS: Dieser Aufstellung kann man/frau eine gewisse Einseitigkeit nicht absprechen. Neben den vordergründig politischen Blättern gibt es natürlich auch Hefte, in denen nur literarische Texte und Grafiken verbreitet werden. Näheres ist mir darüber nicht bekannt.

*

Kurze Anmerkung der INTERIM:
Uns kamen die Zahlenangaben zur Auflage der Umweltblätter und des MoAning Stars ein wenig übertrieben vor. Also fragten wir bei "informierten Kreisen" nach und diese bestätigten uns die 2.000 Exemplare der "Umweltblätter", schätzen aber die Auflage des MoAning Stars auf höchstens 500 Exemplare. Ein Exemplar des "KONTEXT" hatten wir leider noch nie in den Händen; wer kann uns eine Fotokopie mal zukommen lassen?

Innerkirchliche Information

1

umweltBlaetter

INFO-Blatt des Friedens-und Umweltkreises Zionskirchgemeinde

Umweltbibliothek Griebenowstraße 16 Berlin 1058

Aus taz-Hamburg erfahren wir:

SPD und SED haben es geschafft: AUS SCHEISSE WIRD GOLD

Deutschen Sozialisten aus Ost und West ist jetzt gelungen, woran alle Alchemisten durch die Jahrhunderte scheiterten: Die Verlängerung des Müllabkommens zwischen Hamburg (BRD) und Schönberg (DDR) verwandelt Müll in Devisen, Scheiße in konvertierbares Gold. In Potsdam, wo die Preußen einst die langen Kerls als Kanonenfutter züchteten, wird ab Mitte 1990 Hamburger Hausmüll zum astronomischen Preis für 135 DM je Tonne deponiert.

Das alchemistische Wunder: Hamburg liefert, die DDR kassiert, der Hamburger Müllgebührzahler blecht rund 3 Millionen im Monat. Darin liegt das Erfolgsgeheimnis des sozialistischen Deals: Der Unterschied zwischen Gold und Scheiße ist der Mehrwert, wie es Marx uns gelehrt hat. Und den Mehrwert muß immer der kleine Mann, der Arbeiter aufbringen.

Die Dialektik des realen Müllsozialismus: Ohne Marx baut ein Alchemist nur Mist. Aber: mit dem richtigen Partner vollbringt selbst ein Hamburger Müllsenat Wunder.

Stellungnahme zum Momper-Besuch:

*Für den 19. Juni 1989 hatte sich der neue regierende Bürgermeister von Westberlin, **Herr Momper** (SPD), zu einem Besuch bei der Staatsführung der DDR angesagt. In diesem Zusammenhang wurde von zwei Berliner Umweltgruppen, der Umwelt-Bibliothek Berlin und dem Netzwerk Arche eine Einladung an Herrn Momper, zu einem Gespräch ausgesprochen. Diese Einladung wurde weder von Herrn Momper noch der Umweltsenatorin Schreyer (AL) wahrgenommen, noch in irgendeinem Sinne beantwortet. In einem Gespräch mit Journalisten ließ Herr Momper verlauten, daß vor der Umwelt-Bibliothek die Kirchenleitung an der Reihe sei, und selbst dafür ließe das Besuchsprogramm nicht genügend Zeit.*

Das Gespräch zwischen Momper und Honecker hat doppelt so lang gedauert wie vorgesehen und anschließend war noch genug Zeit für ein gemeinsames Essen. Und da wurde vom gestrafften Besuchsprogramm geredet, und somit war natürlich keine Zeit für eine halbe Stunde Gespräch mit Basisgruppen in der DDR.

Uns ist seit langer Zeit bekannt, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, sowohl SPD als auch AL, ebenso wie die bundesdeutschen Grünen, ganz zu schweigen von der CDU, am liebsten mit den Herrschenden auf hoher Ebene verhandeln, statt sich in unsere niederen Ebenen und dämmrigen Keller zu bemühen. Das steht in Widerspruch zu ihrem offiziell angemaßtem Anspruch, mit allen gesellschaftlichen Gruppen der DDR über gemeinsame Probleme zu sprechen. Umwelt-Bibliothek und Arche können natürlich nur sehr unvollkommen die Interessen der Bevölkerung der DDR vertreten. Sie gehören aber, im Unterschied zu den DDR-Behörden, zu denen, die Verantwortung für das Schicksal des Landes wahrzunehmen versuchen. Herr Momper hat mit Staatschef Honecker über Reiseerleichterungen für Westberliner gesprochen. Das ist wichtig für die Westberliner und sicher auch für viele DDR-Bürger. Herr Momper hat mit Staatschef Honecker möglicherweise auch über den Ankauf neuer Billigbauarbeiter aus der DDR gesprochen, die ihre westlichen Kollegen unter Lohndruck setzen, während die Städte in der DDR zusammenfallen. Wir hätten Herrn Momper etwas gefragt, was für DDR-Bürger entscheidender ist. Wie sieht die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Berlin in Zukunft aus? Wird auch unter dem neuen SPD-AL-Senat der Westberliner Haus- und Sondermüll unter unverantwortlichen Bedingungen den DDR-Behörden zum Verscharren oder Verbrennen überlassen? Werden wir auch in Zukunft neben gefährlichen Altlasten unserer eigenen Industrie die Umweltgifte Westberlins einatmen oder aus dem Grundwasser aufnehmen? Wir wissen nicht einmal, ob AL und SPD zu ihrer Forderung aus der Oppositionszeit stehen, die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche auf den Stand der Technik nachrüsten zu wollen. Eine Erklärung dazu an die Bewohner der DDR wurde von uns erwartet, erfolgte aber nicht. Nicht einmal die Koalitionsvereinbarung zum Punkt Müllexport wurden uns mitgeteilt, auch nicht von der AL.

Momper behauptet, er bekommt Daten über Schöneiche und berichtete auch von Datenaustausch von Luft- und Wasserwerten. Aber bisher beschränkte sich alles auf Absichtserklärungen. An kleine unabhängige Meßeinrichtungen wurde nicht gedacht. Die Westberliner Umweltministerin und der Verkehrsminister bemühen sich, wie es heißt, um Besichtigungstermine in Schöneiche und haben immer noch keinen konkreten Termin. Keine Reaktion gibt es seitens des Senats auf die Forderung von DDR-Umweltgruppen, an einer solchen Besichtigung teilnehmen zu können. Wie lange wollen SPD und AL weiter Absichtserklärungen abgeben und keine konkreten Schritte unternehmen?

Wir wissen, daß die Behörden in der DDR nur die Interessen ihrer Machterhaltung vertreten, unbekümmert um die Bevölkerung, geschweige denn die nächsten Generationen. Wir begreifen zunehmend, daß die Parteien der BRD und Westberlin nur ihre eigenen Interessen, die Interessen der Industrie und gegebenenfalls noch der Bevölkerung der BRD und Westberlins vertreten. Es ist daher kein Zufall, daß sie sich mit der Regierung der DDR zunehmend besser verstehen - auf unserem Rücken und hinter unserem Rücken. Die Bevölkerung unseres Landes w^@ich um eine eigene, authentische Interessenvertretung bemühen müssen. Bis dahin müssen wir jede neue Tonne Haus- und Sondermüll als bewußte Körperveletzung an einer wehrlosen Bevölkerung werten.

Umwelt-Bibliothek Berlin

Leipziger Straßenmusikfestival
... doch widersteh

Am Samstag, den 10. Juni fand in der Leipziger Innenstadt ein Straßenmusikfestival statt. Straßenmusiker und Freunde hatten dazu eingeladen, auch hatten einige vergebens versucht, eine behördliche Genehmigung dafür zu erwirken. Was für Budapest, Lenigrad, Warschau, Prag bereits Alltag ist, stellt für die rigide DDR ein Novum dar: freie Selbstorganisation. Zusätzlich verunsichernd mag auf diejenigen, für die Lebendigkeit eine Bedrohung ihrer Totenstarre bedeutet, gewirkt haben, daß zeitgleich ein Pressefest einer Leipziger SED-Lokalzeitung und die Eröffnung der agra stattfand, wenn auch anderenorts. Am gleichen Tag gab es auch einen Umweltgottesdienst in Deutzen und die Veranstaltung in der Kirche zu Börln "kein KKW im Bezirk Leipzig und anderswo".

Etwa 15 Musik- und Theatergruppen spielten am Samstag Vormittag vor dankbarem Publikum bis ca. 13 Uhr relativ unbehelligt. Natürlich war auch das sich überwiegend aus Psychopathen, Neurotikern und Alkoholikern zusammensetende Publikum anwesend.

Gegen 11.30 Uhr erschien der 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Hardenberg, und äußerte, das Verbot des Musikfestivals müsse durchgesetzt werden, außerdem wäre es doch postulierte Absicht gewesen, die Bürger während des Einkaufs zu erfreuen und da die Geschäfte gleich schließen würden, könne jetzt auch Schluß gemacht werden.

Gegen 13,30 Uhr begann eine größere Gruppe Polizisten ohne Ankündigung willkürlich Leute aus dem Publikum und vor allem Musiker festzunehmen, was unter brutalen Einsatz von Gewalt (Schlagstöcke) geschah. Mit LKWs wurden sie zum VP-Kreisamt gebracht. Auf Grund des unverständlichen Vorgehens der Polizei kam es zu spontanen Solidarisierungen. Ca. 150 Menschen versammelten sich vor dem nahe gelegenen VP Revier Ritterstraße und sangen Lieder. Nach polizeilicher Aufforderung, dort wegzugehen, zog die Gruppe zum Markt, getrieben von mehrfach hintereinander gestaffelten Polizeiketten. Die Polizei begann den Markt abzuriegeln, währenddessen wurde dort gesungen und eine riesige Polonaise getanzt. Nach nochmaligem Eingriff durch die Polizei zog die Gruppe zur Thomaskirche, aber Einsatzgruppen der Polizei riegelten den kleinen Platz vor der Thomaskirche ab. Ein Teil der Menschen flüchtete in die Thomaskirche, während ca. 40 Leute auf 2 LKWs verladen wurden. Bis dato waren so ca. 65 Personen in Haft. Musiker und vermeintliche Organisatoren wurden der Stasi-U-Haft, Gäste, Passanten der U-Haft der Kriminalpolizei zugeführt. Beide befinden sich bezeichnenderweise gegenüber dem Museum für den mutigen Ankäger des Nationalsozialismus, Georgi Dimitroff, Harkortstraße. Während sich Menschen vor dem Zugriff der "Sicherheitsorgane" in die Thomaskirche flüchteten, lief dort gerade eine Motette. In völliger Verkennung der Situation sprach der Pfarrer von Provokation seitens der Straßenmusiker.

Über Verbliebenen und Neuhinzugekommenen lastete Bedrückung. Auch die Nachricht, der Clara-Zetkin-Park sei von Bereitschaftspolizeieinheiten mit Hundestaffeln abgeriegelt, ermutigte nicht gerade. So wurde auch die Idee, sich aus dem Zentrum zurückzuziehen, vereitelt - ein Eigentor der "Sicherheitsorgane". Ca. 6 Leute, die sich trotzdem dorthin begaben und nur für sich, ohne Publikum zu musizieren begannen, wurden auch sofort festgenommen.

Viele verließen das Fest aus Angst. Am Abend spielten nur noch Helden. Auf einer kleinen Wiese vor der Thomaskirche erhob sich parallel zaghafter Gesang in verschiedenen Ecken, ringsherum auf den Parkbänken bildeten anfangs nur besagte Psychopathen das Publikum, vor Fotographen ängstlich das Gesicht bedeckend. Als dann das russische Volkslied "Kalinka" von allen mitgesungen und beklatscht wurde, lächelten sie nur süßlich-sauer. Das Eis war gebrochen, Passanten verharrten, alte Renft-, Kunert & Pannach-Lieder machten die Runde. Wahrscheinlich auch weil es mehr Öffentlichkeit gab als zur öden Mittagszeit, fuhr die Sicherheit eine andere Taktik: sie gab sich plötzlich sehr moderat mit einer Diskussionsrunde. Den Einstieg fanden sie nach einem Theatersketch, nach dessen Ende sie die Schauspieler der Provokation beschuldigten.

Ein Herr Ullrich forderte erstmal dazu auf, den armen getretenen Rasen zu verlassen, was von den Anwesenden auch willig befolgt wurde. Auffallend war das Bestreben der Herren, mit einem "Verantwortlichen" zu reden. Aber ihnen wurde versucht zu erklären, daß jeder Anwesende, sie selbst inbegriffen, für einen friedlichen oder eskalierenden Verlauf verantwortlich sei. (So versuchten sie dann mittels Alkoholiker die Situation aufzupeitschen, wovon sich niemand provozieren ließ-ratlos stand der arme Alkoholiker vor seinem Stasi-Verbindungsmann) .Die Diskussionsrunde, an der sich auch lokale Berühmtheiten wie Inge Berndt, eine Philosophin aus den Zeiten Ernst Blochs, beteiligten, dauerte dann noch bis 22 Uhr an. Der Staat repräsentierte dabei hauptsächlich einen guten Rethoriker, der sich als Mitarbeiter beim Rat der Stadt, Abteilung Kultur ausgab - sonderbarerweise war er Leuten, die auf dieser Ebene zu tun haben, unbekannt. Da ging es zuerst um die Genehmigungspraxis, auch um den Begriff Veranstaltung wurde eine Klärung versucht. Aber bald waren Themen dran wie die Wahl, das Sputnikverbot, das faschistische Vorgehen der chinesischen Regierung. Alle Anwesenden waren ganz angetan von solch einer Möglichkeit öffentlicher

Diskussion, die sie vordem noch nie erlebt hatten und ihre Begeisterung fand den Höhepunkt, als sich einige Stasi-Typen sogar als gewählte Volksvertreter ausgaben, sodaß sie mit Dankesworten überschüttet wurden. (In dieser Zeit bereits kam es in den Seitenstraßen unbemerkt schon wieder zu den ersten Festnahmen). Aber interessant war doch, in der Diskussion zu hören, seitens der Staatsvertreter, daß die genauen Zahlen bei der Wahl niemand kenne, aber das Wahlergebnis keinesfalls gefährdet sei oder daß im "Sputnik" manchmal "ganz schöner Scheiß" dringestanden hätte (der besagte Artikel hatte zumindest nichts mit Kultur zu tun).

Die Infamie der neuen Taktik (die SED-Bezirksleitung hatte soeben eine Sondersitzung einberufen) zeigte sich auf dem Nachhauseweg: alle, die ein Instrument trugen, wurden festgenommen, unbemerkt zumeist in Nebenstraßen auf VP-LOS verladen, bzw. von Stasi in Privat-PKWs gezerrt.

Insgesamt gab es 140 Festnahmen. Sie waren 26-27 Stunden in Haft und diejenigen, die in irgendeiner Weise bekannt sind, wurden bis zum 11.6., 17 Uhr wieder freigelassen. Noch besteht Unklarheit, ob alle Betroffenen wieder auf freiem Fuß sind.

Auf dem VP-Revier gab es nachts kaum Schlafmöglichkeit, zum Teil gab es erst nach 12 Stunden zu essen. Teilweise wurden Prüfverfahren eingeleitet. Zugeführte, die einen Hauptwohnsitz in anderen Städten haben, wurden gezwungen, Leipzig zu verlassen. Dabei wurden sie entweder von der Transportpolizei in Züge gesetzt oder durch die VP in die Orte gefahren.

Beim Verhör tauchten hauptsächlich folgende Fragen auf:
Wer hat die Ausreisedemo am 10.6. organisiert ?(gemeint ist sicherlich der Marsch zum Polizeirevier aus Protest gegen die Festnahmen, was sich gegen 22 Uhr nochmals wiederholte - hierbei wurden keinerlei Ausreisebegehren laut).

Wer hat den Stacheldraht besorgt? (eine Theatergruppe hatte eine Szene dabei, wo sich ein Mensch in Stacheldraht einwickelt)

Wer hat die Thomaskirche besetzt? (?!?)

Wer hat in Leipzig Kontakt zu Westmedien?

Welche politischen Ziele und Hintergründe wurden mit dem Straßenmusikfestival verfolgt?

Wer sind die Organisatoren? (hier wurde von den Vernehmern immer wieder auf die Nennung von Namen von Mitarbeitern kirchlicher Basisgruppen gedrängt: Michael Arnold, Andreas Ludwig, Reiner Müller, Thomas Rudolph, Gesine Oltmanns, Uwe Schwabe, Jochen Lässig - außer Andreas Ludwig befand sich keiner von ihnen unter den Zugeführten)

Am 12. Juni gab es zum üblichen Montags-Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche eine Information. Nach der Andacht formierte sich eine spontane Protestdemo, wobei es zu 17-20 Festnahmen meist unbekannter Menschen kam. Auch trafen an diesem Tag die ersten Ordnungsstrafbescheide wegen Teilnahme am Pleißegedenkmarsch am 4.6. ein. Sie belaufen sich auf 300 bis 500 Mark.

Das nächste Straßenmusikfest findet bereits am 1. Juli in Leipzig statt.

korf

Wahldemonstration auf dem Berliner Alex

Die bereits von früheren Aktionen bekannten "mündigen Bürger" riefen auch für den Tag 2 Monate nach der Wahl, den 7. Juli in Berlin zu einer Demonstration auf: ein einstündiges Schweigesitzen unter der Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz als Protest gegen den Wahlbetrug und das eisige Schweigen der Behörden gegenüber zahlreichen Eingaben und Anzeigen. In den Tagen davor gab es die gewohnten

"Zuführungen", Belehrungen und Hausarreste. Wie zu erfahren war, wurden in Berliner Betrieben stämmige Männer für eine "Gegendemonstration" angeworben. Bereits seit dem Morgen des Tages wurden alle, die in Berlin demonstrationsverdächtig waren, von zum Teil mehreren Stasiautos bewacht. Wer sich dann Nachmittags dem Alexanderplatz näherte und seine Verfolger nicht abgeschüttelt hatte, wurde belehrt, daß er/sie jetzt umzukehren habe, sonst werde festgenommen. War das schon mit einem riesigen Personalaufwand verbunden, - auf dem dem Alex selbst hatten sich an die tausend Stasi-Leute zusammengefunden. Es gelang zwar etwa 60 Demonstranten auf den Alex vorzudringen, die sich aber innerhalb der Stasimenge nicht zusammenfinden konnten. Ständig wurden Ausweise kontrolliert und zum Verlassen des Alexanderplatz augefordert. Es kam zu Festnahmen und einigen gewaltsamen Übergriffen. Offensichtlich fiel es den Sicherheitsorganen schwer, zwischen potentiellen Demonstranten und Passanten zu unterscheiden, sodaß es zu Ausweiskontrollen und Festnahmen auch ursprünglich Unbeteilgter kam. Über die Zahl der Festnahmen gibt es unterschiedliche Angaben, von 40 bis 150. Gegen einen der Festgenommenen wurde eine Überprüfungsverfahren eingeleitet, gegen einen anderen ein Ermittlungsverfahren. Letzterer hatte ein Plakat "Zu dumm zum Addieren, aber ein ganzes Land regieren!" immerhin für eine Sekunden hochhalten können. Dazu nachfolgender Augenzeugenbericht:

"Es kann nicht zwei Wahrheiten geben"

Mitglieder des Friedenskreises Berlin-Weißensee bestehen auf eine Antwort

Am 10.5. beantragten wir und 10 weitere Bürger bei der Nationalen Front Weißensee, Einspruch einzulegen gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk. Begründet war dieser Antrag mit Differenzen zwischen dem amtlichen Endergebnis und den von den Wahlvorständen verkündeten Zahlen.

Bis zum 20.6. erfolgte keine Antwort auf diese Eingabe. Auf Anfragen unsererseits wurde der Eingang der Eingabe zunächst nicht einmal bestätigt. Nachdem wir den Vorsitzenden der Nationalen Front Weißensee, Prof. Dr. Geyer, über diesen Tatbestand informiert hatten, versprach man uns, mit einer Bemerkung über die Langsamkeit der Post (!), jetzt eine unverzügliche Bearbeitung der Eingabe. Doch wieder vergingen weitere drei Wochen, in denen nichts geschah, sodaß sich der Eindruck bestätigte, daß man nicht vorhatte, sich ernsthaft mit unserem Anliegen auseinander zu setzen.

So gingen wir, 2 der Eingabenschreiber, am 20.6. abermals zum Kreisausschuß der NF-Weißensee, trafen Herrn Zienert, den Sekretär der NF an. Es kam zu folgendem Gespräch:

Herr Zienert: Ihre Eingabe wurde überprüft. Herr Thiele (Sekretär des Rates) sollte sie über ihre sollte sie über unsere Antwort informieren. Ich rufe ihn gleich noch mal an. (Herr Z. telefoniert. Es ist besetzt)

Bürger: Warum haben wir bis jetzt noch keine Antwort?

Herr Zienert: Wie heißen Sie bitte noch mal und was ist kurz der Inhalt Ihrer Eingabe? Ich erinnere mich nicht mehr.

Wir stellen uns nochmals vor und erläutern den Inhalt der Eingabe, werden unterbrochen...

Herr Zienert: Ich erinnere mich wieder und kann Ihnen gleich selbst die Antwort geben. Das Wahlergebnis wurde überprüft, bestätigt und in der Presse veröffentlicht. Und Sie wollen doch wohl nicht behaupten, daß unsere sozialistische Presse Lügen verbreitet.

Bürger: Wir haben die in den Wahllokalen angesagten Zahlen zusammengezählt und erhebliche Abweichungen vom offiziellen Endergebnis festgestellt.

Herr Zienert: Ich weiß, daß Sie in jedes Wahllokal zwei Leute geschickt haben.

Bürger: Wir haben lediglich Kenntnis erhalten von den in den Wahllokalen verkündeten Zahlen und diese addiert.

Herr Zienert: Gut, darüber brauchen wir jetzt nicht zu streiten. Sie waren aber nicht in allen Wahllokalen, deshalb muß es ja Differenzen zum offiziellen Ergebnis geben.

Bürger: Uns sind nur die Zahlen aus einem Wahllokal nicht bekannt. Die von uns festgestellte Zahl der Gegenstimmen und der ungültigen Stimmen ist größer, als in der Presse veröffentlicht. Sie kann durch das fehlende Wahllokal niemals kleiner werden.

Herr Zienert: Das hieße, Sie unterstellen den Wahlvorständen Wahlbetrug. Außer Ihnen waren auch andere Bürger bei der öffentlichen Auszählung anwesend. Sie haben alle den ordnungsgemäßen Ablauf bestätigt.

Bürger: Das klingt so, als wären wir keine Bürger.

Herr Zienert: Ich meinte, die Mehrzahl der Bürger, die den demokratisch gewählten Wahlvorständen eine korrekte Handlungsweise bestätigt haben. Der Kreis, dem sie angehören, ist rechtlich nicht autorisiert und kann deshalb auch über keine autorisierten Statistiken (!?) verfügen.

Bürger: Es geht nicht darum, den Mitgliedern der Wahlvorstände Betrug zu unterstellen. Es geht ja gerade um die Abweichungen des offiziellen Ergebnisses, von den in den Wahlokalen verkündeten Zahlen. Wie erklären Sie sich diese Differenz?

Herr Zienert: Es gibt keine Differenz. Sie müssen nur in die Zeitung vom 10.5. sehen. (Herr Zienert schwenkt eine Mappe) Hier können Sie das Protokoll vom gesamten Wahlverlauf sehen. Da stehen alle Ergebnisse schwarz auf weiß. Sie sind identisch mit den in der Presse veröffentlichten. Das ist die Wahrheit, es gibt nur diese eine.

Bürger: Kann man in das Protokoll einsehen?

Herr Zienert: Das ist allein unsere Sache, das geht nun wirklich nicht. Ein Fünkchen Vertrauen müssen Sie schon in uns haben!

Bürger: Könnten wir uns nicht gemeinsam an einen Tisch setzen und alle Ergebnisse vergleichen, nachrechnen? Wir stellen auch unsere Unterlagen zur Verfügung.

Herr Zienert: Das ist allein unsere Aufgabe, Ihre Unterlagen sind auch, wie gesagt, nicht autorisiert Ich versuche nochmals Herrn Thiele anzurufen (dieser ist nun auch am Apparat, Herr Zienert übermittelt ihm unser Anliegen und läßt sich nochmals die getroffene Entscheidung über unsere Eingabe bestätigen. Er nützt gleich die Gelegenheit, Herrn Thiele nach der Urkunde für die KGA "Märchenland" zu fragen). Tja, Sie sehen, es gibt Bürger, die sich schon sehr, sehr angagiert haben in unserem Wohngebiet.

Bürger: Wir erwarten dann noch eine schriftliche Beantwortung unserer Eingabe.
Herr Zienert: Nein, dazu sind wir nicht verpflichtet. Dieses Gespräch reicht völlig aus.
Bürger: Aber dieses Gespräch ist doch auf unsere Initiative hin zustande gekommen. Wie hätten Sie denn sonst auf unsere Eingabe reagiert?
Herr Zienert: Gar nicht, denn unsere Antwort stand bereits am 10.5. in der Zeitung. Das ist das wahre Endergebnis.
Bürger: Das bedeutet ja, daß Sie eine Antwort gegeben haben, bevor wir eine Frage stellten?! Und unsere Frage bezieht sich ja gerade auf die Presseveröffentlichung vom 10.5.89.
Herr Zienert: Unsere Antwort stand in der Presse. Und das ist die Wahrheit. Es kann nicht zwei Wahrheiten geben.
Bürger: Aber wir behaupten, daß unsere Ergebnisse die Wahrheit sind. Es steht Aussage gegen Aussage. Wir müßten doch gemeinsam versuchen, das zu klären. Wir sind jederzeit bereit, unsere Aussage zu beweisen und denken, daß wir das auch von Ihnen erwarten können.
Herr Zienert: Ich sage nochmal, Sie sind für uns keine autorisierten Personen. Unsere Antwort stand in der Presse. Das ist die einzige Wahrheit.
Bürger: Wir sind empört, wie Sie Anliegen, Anfragen von Bürgern mittels Ihrer "Autorität" einfach so vom Tisch wischen.
Herr Zienert: (- Arrogantes Achselzucken -) Es gibt nichts mehr zu sagen. (Steht auf, will uns zur Tür bringen)
Bürger: Wie wollen Sie den anderen zehn Eingabenschreibern Ihre Antwort zukommen lassen?
Herr Zienert: Das können Sie ihnen ja jetzt übermitteln.
Bürger: Dazu sind wir nicht autorisiert.

Herr Zienert war nicht bereit, das Gespräch noch weiter fortzusetzen. Auf alle weiteren Fragen antwortete er wie bereits vorher stereotyp, daß die Antwort die Presseveröffentlichung vom 10.5. wäre und es keine andere Antwort geben werde. (Unterschriften)

Wer anderen eine Grube gräbt ... oder eigene Losung verhaftet

Mit einem selbstangefertigten Plakat reihten wir uns am 1.Mai als Mitarbeiter des St. Markus-Friedhofes in den Marschblock von Dresden-Nord ein.
Auf dem Plakat war zu lesen: "St. Markus-Friedhof - Mein Arbeitsplatz, mein Kampfplatz für den Frieden". Nach einer Viertelstunde wurden wir von zwei Mitarbeitern der Staasi aus dem Marschblock gebeten. Ohne sich ausweisen zu wollen oder zu können, sammelte der eine unsere PA's ein, während der andere, offenbar verunsichert, sich Rat bei seinem Vorgesetzten holte. Letzterer genehmigte uns zu unserem Erstaunen dann die Teilnahme an der Kampfdemonstration mit(!) dem Plakat.

Wieder im Demonstrationszug, delegierten uns die Betriebe schrittweise hinter sich ("Wir machen keine Reklame für die Kirche", "Rollen Sie das Ding zusammen und gehen Sie heim!").

Nach weiteren zehn Minuten wurden wir erneut aufgefordert, den Platz zu räumen, "oder Sie folgen mir". Da wir nicht gewillt waren, der ersten Forderung nachzukommen, mußten wir notgedrungen der zweiten Folge leisten. Durch den Pulk der Massen führte man uns zur Demonstrationsleitung. Dort wurden wir den Angehörigen der DVP übergeben, die PA's wurden erneut eingesammelt und das Plakat konfisziert. Nach einer halben Stunde befanden wir uns mit PA's aber ohne Plakat wieder auf sogenanntem freien Fuß.

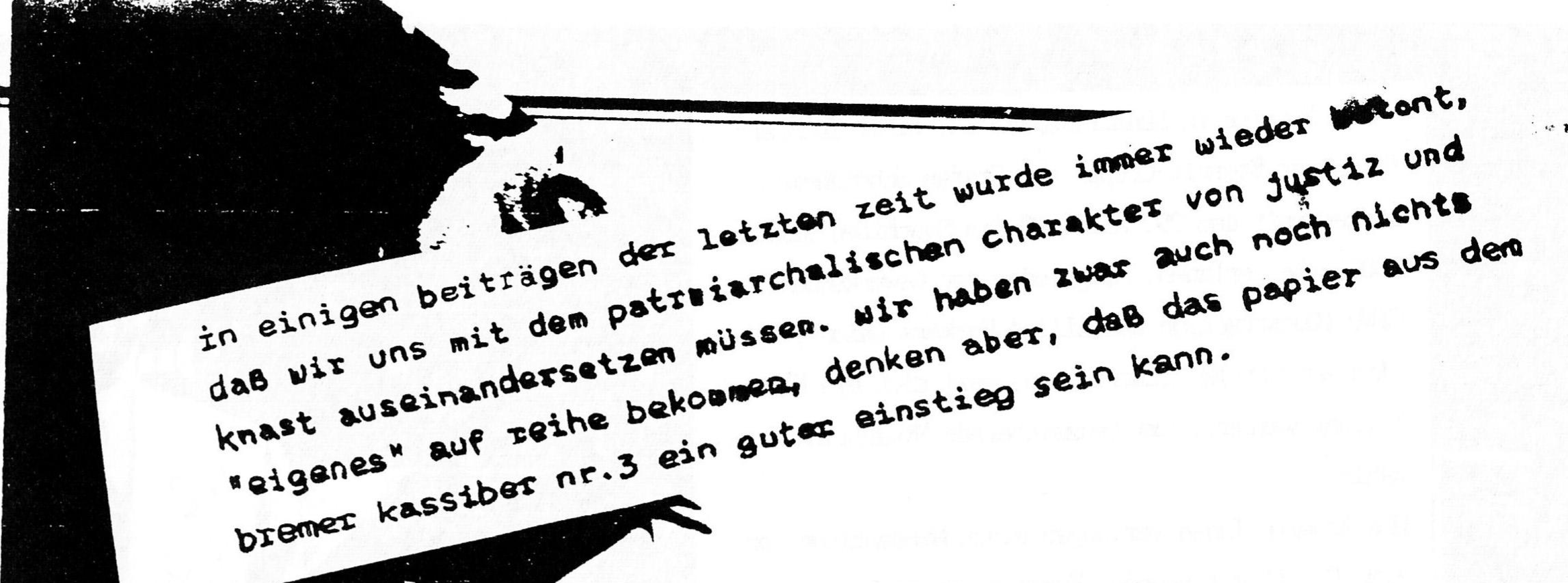
Anmerkung: Ein weiteres "Argument" der Sicherheitsorgane war: "Der Friedhof ist doch kein Arbeitsplatz!"

pax

WAHLlose Kreativität

Frühaufsteher konnten am 7. Mai eigenwillig und individuell gestaltete "Wahlaufrufe" an Altenburgs alten Mauern, Schaufenstern und auf manchen Straßen lesen.

Unbekannte riefen mit Losungen wie "Meinungsfreiheit", "Nein", "Wer die Wahl hat...", und "99,9%?" zum Wahlboykott auf und forderten auf in Altenburg völlig unbekannte Weise demokratische Rechte und Freiheiten, wie sie eigentlich in jedem zivilisierten Land eine Selbstverständlichkeit sein sollten. Interessenten können die Rudimente dieser Nacht- und Nebel-Graffiti-Action, in der Kunstgasse und der Rosa-Luxemburg- und Friedrich-Engels-Str. bewundern. c.d.



Die Lüge von der Liebe

Am 24.5.89 wurde vom Schwurgericht Bremen der Prozeß gegen eine 28jährige Frau und ihren ehemaligen Mann eröffnet, deren 5 Monate alte gemeinsame Tochter vor zweieinhalb Jahren aufgrund "hochgradiger Auszehrung" gestorben war.

Schon bei der Verlesung der Anklageschrift wird klar, was hier von welcher Justiz verhandelt wird: Während die Staatsanwaltschaft Helga S. (Name geändert) "Totschlag" (ein vorsätzliches Verbrechen) an ihrem Kind, das sie angeblich hatte verhungern lassen, vorwirft, lautet die Anklage gegen den Vater lediglich auf "fahrlässige Tötung". Er hätte erkennen müssen, daß die Mutter ihr Kind verhungern ließ und dagegen einschreiten müssen.

Die Anklage gegen den Mann wird offensichtlich über das "Verbrechen" der Frau definiert. Sie steht hier vor Gericht, sie ist die Täterin - er hat nur nichts gecheckt. So jedenfalls sieht es die Staatsanwaltschaft, so will es die patriarchale Ideologie der sogenannten Mutterliebe.

Aber immerhin: Schon ungewöhnlich, daß beide Elternteile auf der Anklagebank sitzen. Kurz nach der Aufnahme der Ermittlungen gegen beide wurde das Verfahren gegen den Vater eingestellt, denn: Väter seien - laut Staatsanwaltschaft - für die Kinderversorgung nicht zuständig, ergo auch nicht für den Tod ihres Kindes verantwortlich zu machen. Wiederaufgenommen wurde das Verfahren gegen den Vater, als die Verteidigerin Helga S.' forderte, daß nach einer solchen Entscheidung auch das Verfahren gegen die Mutter eingestellt werden müsse.

Die zwei Tage des Prozesses werden zum Schauspiel männlicher Arroganz und Ignoranz, erteilen die Grundlektion in Sachen Männerjustiz, bestätigen jede feministische Analyse frauenzerstörender Theorie und Praxis.

Vor allem aber - und das ist das Furchtbare - geben sie einen Einblick in das Leben einer Frau, die neben jeder von uns oder gegenüber wohnt, der wir täglich auf der Straße begegnen und die wir kaum wahrnehmen. Der Prozeß konfrontiert uns mit der Horrorvision weiblichen Lebensalltags zwischen Betonburgen und Kindergeschrei, Wäschebergen und Vergewaltigung, Prügel und Abwasch, Alkohol und Depression.

Helga S. ist eine dieser Frauen, die nach ihrem ersten Kind mit 18 Jahren schon kein weiteres mehr wollte.

Ihren ekelerregenden dumpfen Mann interssiert das nicht: Innerhalb der nächsten 7 Jahre wird sie noch neun Mal schwanger und bringt noch 4 Kinder zur Welt. Nach jeder Schwangerschaft wird sie kraft- und lustloser, nach jedem Kind verliert sie so sehr an Gewicht, daß ihre Existenz Stück für Stück förmlich ausgelöscht wird. Noch nie habe ich so klar wie in diesem Prozeß begriffen, was es heißt, daß Frauen zu Gebärmaschinen degradiert werden.

Während Helga S. in einer 42qm Wohnung mit 5 Kleinkindern einen Haushalt ohne Waschmaschine bewältigen muß (ihr Mann weigert sich, eine neue anzuschaffen), kauft er sich zwei teure Schäferhunde, die noch zusätzlich in die Wohnung kommen. Von seinen Kindern weiß er gerade mal ihre Namen.

Es gäbe noch reihenweise erschütternde und unfaßbare Einzelheiten aus der Biographie von Helga zu erzählen. Aber sie alle aufzulisten, hieße, den voyeuristisch-herablassenden Blick der Richter, des Staatsanwaltes und der Presse zu übernehmen. Hieße, diese eine Frau mit ihrer ganz speziellen Leidensgeschichte aus dem systematischen Leiden aller Frauen herauszulösen und zur Sensation zu machen. Aber darum kann und darf es nicht gehen.

Wie schon gesagt: Helga S. ist eine dieser Frauen.

Sie unterscheidet sich von vielen anderen nur darin, daß sie irgendwann aufgehört hat, zu funktionieren - und zwar unübersehbar. Daß sie plötzlich für das System nicht mehr tragbar war, als ihre Situation für sie schon lange unerträglich geworden war. Helga ist in ihrem Nicht-Funktionieren einen Schritt zu weit gegangen: Sie hat aufgehört, ihr jüngstes Kind wahrzunehmen. Eine Frau kann kein schlimmeres Verbrechen begehen.

Trotz völliger Isolation, trotz unvorstellbar zerstörerischer Lebensbedingungen, trotz des totalen Einbruchs in die Depression: Das darf einer Mutter in einem System, das den offenen Zwang zur Mutterschaft und den subtilen zur Mutterliebe ausübt, nicht passieren.

Nachdem Helga S. eineinhalb Tage lang ihre Biographie vor einer Männerriege bis ins Detail erzählen und ZeugInnenaussagen über sich ergehen lasen mußte, stellte der Gerichtsmediziner, der die ganze Zeit anwesend war (!), sein Gutachten vor. Er konnte nicht ausschließen, daß für den Zustand "hochgradiger Auszehrung", in dem das Kind aufgefunden wurde, eine genetisch bedingte Stoffwechselstörung verantwortlich war. Auf Vorschlag des Staatsanwaltes stellte das Gericht daraufhin das Verfahren ein.

Eine unerwartete und erleichternde Wende. Wir freuen uns mit Helga und ihrer Verteidigerin.

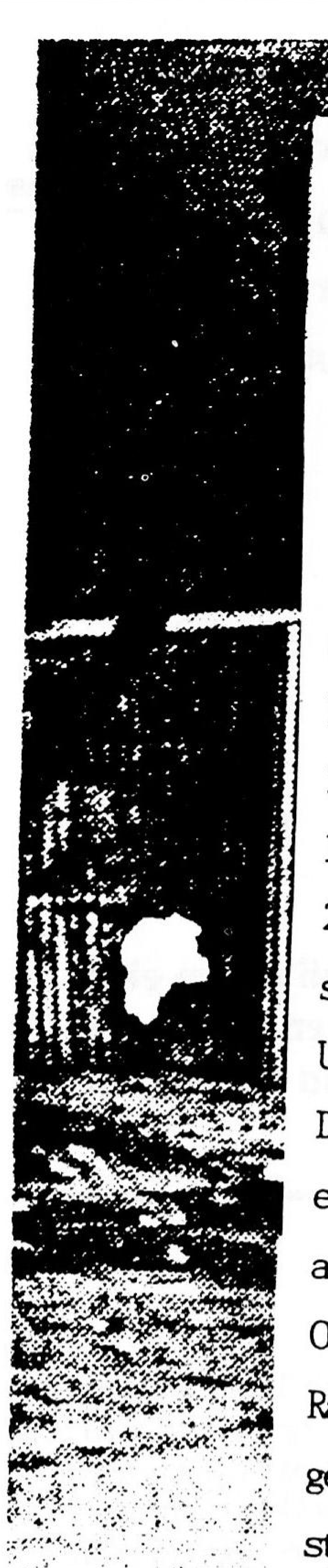
Helga S.' Situation hat sich groteskerweise, seit sie so auffällig aus der Rolle gefallen ist, verbessert. Nach dem Tod ihres Kindes hat sie es endlich geschafft, sich von ihrem Mann zu trennen. Die letzten zwei Jahre (nach mehreren Monaten U-Knast) konnte sie im Ansatz das leben, was sie wollte: Sie lebt jetzt mit ihren 4 Kindern allein in einer größeren Wohnung und bekommt vom Sozialamt mehr Geld, als ihr der Erzeuger ihrer Kinder jemals gegeben hat.

Das Gutachten des Gerichtsmediziners erleichtert sie wahrscheinlich von ihren sicherlich immensen Schuldgefühlen. Das ist auch gut so.

Und fast möchte ich die zwei deprimierenden Tage im Schwurgerichtssaal ad acta legen.

Nur hat sich grundsätzlich an den Strukturen, an den Gründen, die zu diesem Prozeß geführt haben, natürlich nichts geändert. Die Ideologie von Mutterschaft und Mutterglück mit dem dazugehörigen Erzeuger/Ausbeuter/Vergewaltiger ist ein so grundlegend stabilisierendes Gesetz des Patriarchats, daß seine Interessenvertreter darauf nicht verzichten werden.

Die Lüge von der Liebe - Frauen lieben Männer, Frauen lieben ihre Kinder - ist eine der geschicktesten und gefährlichsten Lügen der Männergesellschaft.



Bei Everite in Südafrika/Azania, einer Tochterfirma der Eternit-Gruppe von Stefan Schmidheiny, stehen seit dem 29. Mai 1989 die Maschinen still: 3000 ArbeiterInnen, Mitglieder der Gewerkschaft CAWU (Construction and Allied Workers Union), haben sich zum Streik entschlossen, weil sich die Firmenleitung weigert, existenzsichernde Mindestlöhne zu zahlen.

Die ArbeiterInnen verlangen einen Mindestlohn von 2.50 Fr. in der Stunde. Everite ist nach monatelangen, harten Verhandlungen nicht bereit, mehr als 2.20 Fr. pro Stunde zu zahlen. 30 Rappen mehr scheinen für die Tochterfirma des 2. reichsten Unternehmers der Schweiz zuviel zu sein!

Die Everite-Löhne liegen weit unter dem Niveau eines Lohnen, der zu einem menschenwürdigen Leben ausreicht. So hat der Gewerkschaftsdachverband COSATU errechnet, dass eine 5-köpfige Familie 1088 Rand pro Monat bräuchte; bei dem Schmidheiny-Ableger verdient frau oder mann auf der untersten Lohnstufe aber nur 630 Rand. (1 Rand = ca. 0.65 Rappen) Das Unternehmen unterschreitet damit sogar die im EG-Verhaltenskodex für 'Niederlassungen multinationaler Unternehmen in Südafrika' festgeschriebene Armutsgrenze!



STREIK BEI DER ETERNIT-TOCHTER EVERITE LTD. IN SÜDAFRIKA:

Dieses Flugi ist aus der Schweiz. Soweit wir wissen gabs bisher Flugblattaktionen gegen die Schmidt-Agence Kiosk-Kette und am 10.7. Sprühaktionen in Zürich an vier Firmengebäuden Schmidtheinys. Aus dem Bekennerschreiben:" Unterstützen wir den Streik bei EVERITE in Südafrika! Der Streik der ArbeiterInnen bei EVERITE in Südafrika ist in der siebten Woche. Das Schmidheiny-Unternehmen gibt den Forderungen der Streikenden nicht nach, versucht sie mit minimalsten Zugeständnissen abzufertigen. Doch die kämpfenden ArbeiterInnen lassen sich nicht ködern und streiken weiter für die Erfüllung ihrer Lohnforderungen.(...)
Die Unternehmensführung hier in der Schweiz behauptet, der Streik bei EVERITE in Südafrika gehe sie nichts an, der Streik sei ein internes Problem der dortigen Firma. Tatsachen sind:
- Die Vertreter des Schweizer ETERNIT-Management Arni und Brugger sind während des Streiks nach Johannesburg gereist, um die Lage zu besprechen.
- Die ETERNIT AG hält 37% der EVERITE Aktien, weitere 15,8% werden von ausländischen Aktionären gehalten, der größte Teil von der Societe Suisse de Ciments Portland, wo Thomas Schmidheiny im Verwaltungsrat sitzt.
- Die Dividende der Aktionäre hat von 1987 bis 1988 um 24% zugenommen, während sich die Firma weiterhin weigert, ihren ArbeiterInnen Löhne zu bezahlen, die ein anständiges Leben garantieren.
- Die Firma hat in den letzten beiden Jahren über 1.500 ArbeiterInnen entlassen und gefährdet damit direkt die Existenz von Tausenden von Menschen.
- Gleichzeitig erkauft sich die Schmidheiny-Firma EVERITE ein "soziales" Image, indem sie grössere Summen für Programme zur Aufbesserung der Wohnsituation in Schwarzen Townships "spendet". Die Häuser werden dann teuer an wohnungslose Schwarze verkauft!

Es ist Tatsache, daß die Schmdheiny-Clique von den Apartheit-Bedingungen im rassistischen Südafrika profitiert.(...)"

STREIK BEI DER ETERNIT-TOCHTER

"Andere würden (noch) weniger zahlen", rechtfertigt sich die Muttergesellschaft Eternit in Niederurnen/Glarus. Während die schwarzen ArbeiterInnen derart um Löhne feilschen müssen, steigen die Profite der Everite: In der 2. Hälfte des letzten Jahres erhöhte sich der Gewinn um 60% von 15.2 Mio Rand auf 24.5 Mio Rand!

Das Management weigert sich nun strikt, über Lohnforderungen der ArbeiterInnen zu verhandeln. Statt dessen wurden Streikbrecher und bewaffnete 'Betriebssicherheitstruppen' angestellt und 4 mal sind Casspiers (Panzerlastwagen) der südafrikanischen Armee mit vollbewaffneten Soldaten auf dem Firmengelände angerückt. Mehrfach kam es zu Angriffen seitens der Streikbrecher auf die streikenden ArbeiterInnen und zu heftigen Auseinandersetzungen mit den 'Betriebssicherheitstruppen'.

Diese mit Gewehren und Kampfhunden bewaffneten Truppen sind zwar Angestellte von privaten sog, 'Sicherheits-Unternehmen', arbeiten aber Hand in Hand mit Polizei und Armee. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des 'Nationalen Sicherheitsmanagementsystems', einer geheimdienstlichen Organisation, die in den letzten Jahren aufgebaut wurde, um den politischen und revolutionären Widerstand gegen das südafrikanische Regime zu bekämpfen. Solche Sicherheitstruppen haben z.B. im grossen Minenarbeiterstreik von 1986 streikende Arbeiter erschossen.

Seit dem letzten Jahr ist ein neues Arbeitsgesetz in Kraft, dass sog. legale Streiks auf ein absolutes Minimum einschränkt: Solidaritätsstreiks sind seither verboten. So kann die Schwestergewerkschaft der ChemiearbeiterInnen, in der die ArbeiterInnen in der Everite-Plastik-Produktion organisiert sind, nicht mitstreiken, weil sie sonst für die Produktions-ausfallkosten haftbar gemacht werden würde. Oder bevor 'legal' gestreikt werden kann, muss ein monatelanges Prozedere durchlaufen werden, dass den Unternehmern genug Zeit gibt, riesige Lager anzulegen. So kann Everite darauf bauen, dass der Hunger die ArbeiterInnen zurück an die Arbeit treibt, u.U. bevor die Lager leer sind.

Und wenn das neue Arbeitsgesetz nicht verhindern würde, dass für mehrere Forderungspakete gleichzeitig gestreikt werden kann, würden die ArbeiterInnen derzeit nicht 'nur' gegen die Hungerlöhne kämpfen, sondern auch gegen die vollständig unzufriedenstellenden Gesundheitsschutz-Massnahmen:

Eternit Südafrika bzw. Everite stellt vor allem stark gesundheitsschädigende, asbesthaltige Faserzemntprodukte her. Nach südafrikanischen Presseberichten sind in den letzten Jahren zahlreiche Everite-ArbeiterInnen, die an ihrem Arbeitsplatz an Asbestose oder Lungenkrebs erkrankt waren gestorben. Dies musste auch Everite selber bestätigen. Durch den Kampf der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften, insbesondere durch die Anti-Asbest-Kampagne der Minenarbeitergewerkschaft BAMCWU, sieht sich Schmidheiny jetzt auch in Südafrika gezwungen, auf asbestfreie Produkte umzustellen. Das soll bis 1992/3 für einen Teil der Produkte der Fall sein. Die Konzernleitung ist auch schon zur Tat geschritten: Die Filiale in East London wurde Ende Mai 89 geschlossen, weil Everite nicht bereit war, die 10 Mio Rand zu investieren, die für die asbestfreie Produktion nötig gewesen wären. 230 ArbeiterInnen wurden kurzfristig auf die Strasse gestellt. Als 'Entschädigung' wurde ein lumpiger Wochenlohn (100 - 150 Fr.) ausbezahlt! Von irgendeinem Schadenersatz für erkrankte ArbeiterInnen war keine Rede - ganz abgesehen davon, dass eine zerstörte Gesundheit mit keinem Geld wieder gut gemacht werden kann.

SOLIDARITÄT

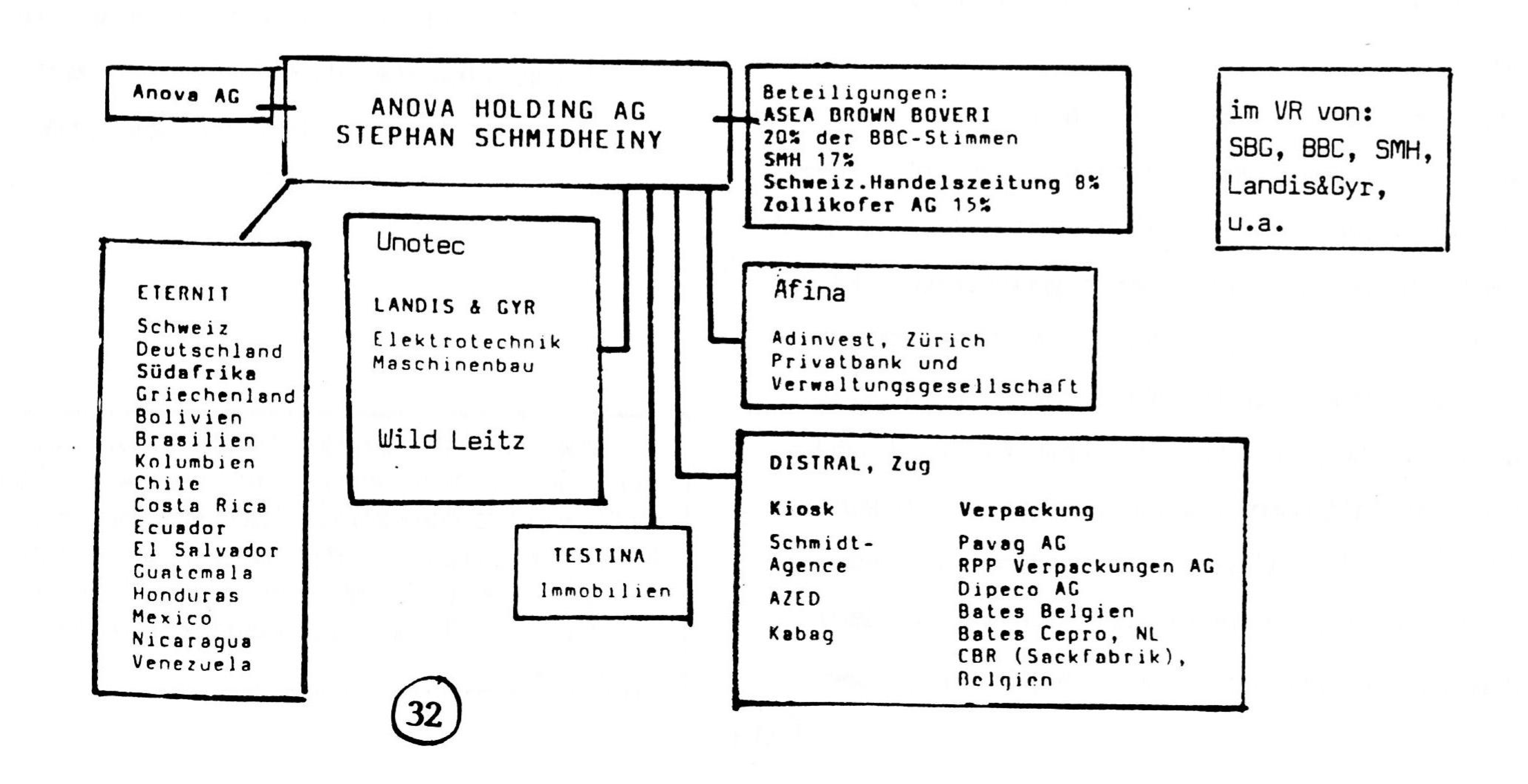
Der Kampf der streikenden ArbeiterInnen ist auch unser Kampf. Ob er erfolgreich sein wird, hängt nicht zuletzt von unserer Unterstützung ab. Das Südafrika-Komitee Amandla hat ein Konto dafür eingerichtet. Beiträge mit dem Vermerk 'Streik'bitte auf PC: 80 - 19 830 - 1, Südafrika-Komitee Amandla - Zürich.

DAS SCHMIDHEINY IMPERIUM

Baustoffe, Verpackung, Kioske, Immobilien, Bankgeschäfte, Elektrotechnik: STEPHAN SCHMIDHEINY mischt überall mit.

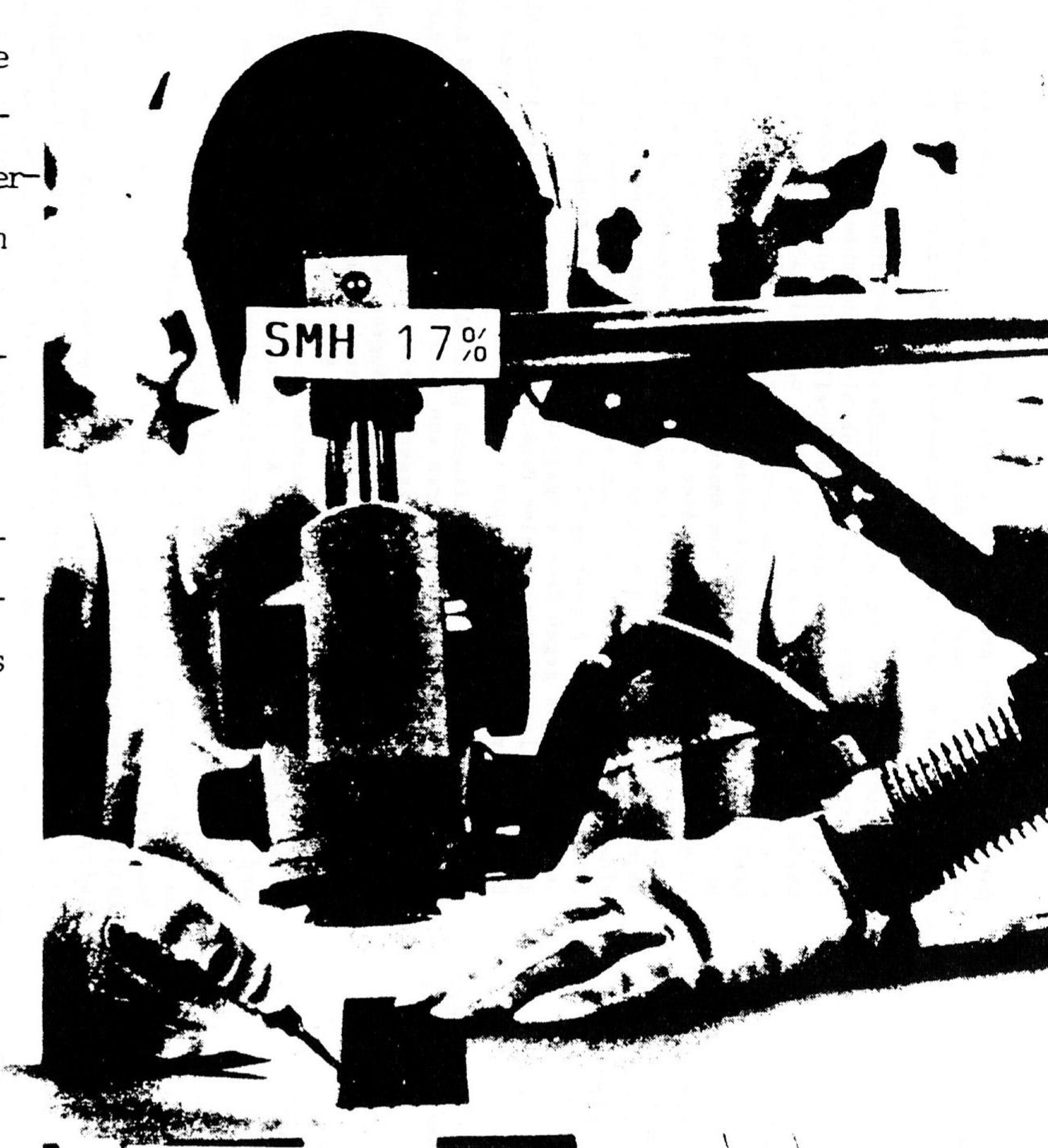
In der Schweiz, in Europa und Nordamerika (ASEA-Brown Boveri), wie in den Diktaturen Lateinamerikas. Er hat keine Skrupel im Rassistenstaat Südafrika zu investieren; viele seiner Fabriken stehen in sogenannten Billiglohnländern, d.h. es werden billig Waren produziert, die Löhne sind tief, aber der Gewinn fliesst, z.B. in die Schweiz, zurück.

Stephan Schmidheiny scheint die Vorliebe seines Vaters Max für Investitionen in Diktaturen und repressiven Staaten zu teilen: Die Eternit-Gruppe hatte schon während des 2. Weltkrieges sehr gute Geschäftsbeziehungen mit den Nazis, bei denen sie "saubillig" Kohle einkaufte und mit denen zusammen sie eine Asbestmine in Jugoslawien betrieb. Geschäft bleibt Geschäft! Und Stephan Schmidheiny bleibt vornehm im Hintergrund: Seine Strategie ist bezeichnend für einen neuen Unternehmergeist. Er hält die Macht fest in den Fingern seiner Konzernzentrale, der ANOVA HOLDING AG, einer Privatgesellschaft, dies bedeutet, dass er die Firma leitet und kontrolliert (im Gegensatz zur Publikumsgesellschaft, wo eine "breitere" Beteiligung von -natürlich- finanzkräftigen Gesellschaftern möglich ist). Stephan Schmidheiny aber, der grosse Unternehmer, bleibt also im Hintergrund; er gründet die verschiedensten Firmen, kauft bereits bestehende auf oder er tauscht sie ein, so geschehen mit der LANDIS & GYR, die durch ein Tauschgeschäft mit Bruder Thomas in seinen Besitz gekommen ist! Er sitzt im Verwaltungsrat des umstrukturierten europäischen ASEA-Brown Boveri-Konzerns, wie auch im Verwaltungsrat der SBG. Er besitzt grosse Aktienbeteiligungen bei der SMH, Biel (zusammen mit seinem Geschäftspartner, dem Betriebsrationalisierungsspezialisten Nicolas Hayek). Als im Frühjahr 88 die Schweizer BBC mit der schwedischen ASEA zusammengeschlossen wurde, hiess dies für die Arbeiter und Arbeiterinnen in Schweden, der Schweiz und der BRD: mind. 10'000 Entlassungen! Es folgten Streiks in der BBC-Mannheim. - "STRUKTURANPASSUNG" heisst der Vorgang im Unternehmerjargon. Und "passen" muss den Herren vor allem der Gewinn! Und noch etwas: Im Hintergrund stand auch bei BBC Stephan Schmidheiny, dessen Einfluss in der Aktiengesellschaft just in dieser Zeit stieg. Aehnlich wie im Eternit-Bereich, wo, nach jahrelangen Kämpfen der ArbeiterInnenschaft, vom Asbest Abstand genommen wird, setzte der neue ABB-Konzern auf Computertechnologie, öffentlicher Verkehr, Elektrotechnologie und es hiess: weg,vom verlustträchtigen Bau von Atomreaktoren!
Stephan Schmidheiny, der "erfolgreichste" der drei Schmidheiny-Brüder, steht einem Imperium vor, das einen Umsatz von acht Milliarden SFr. erreicht.



'FERNÖSTLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN' BEIM SCHWEIZER UHREN- UND MIKROELEKTRONIKKONZERN SMH: STEFAN SCHMIDHEINY UND NIKLAUS HAYEK MACHEN'S MÖGLICH

1 Als die Schweizer Uhrenindustrie tief in der Krise steckte, entschlossen sich N. Hayek und S. Schmidheiny, zusammen die Mehrheit der SMH-Aktien zu übernehmen und den Konzern in eines der profitabelsten schweizer Unternehmen zu verwandeln: Die SMH ist heute weltweit mit 11'000 ArbeiterInnen, mehrheitlich Frauen, umsatzmässig (1,8 Mia) die grösste Uhrenherstellerin. Der Gewinn wurde 1988 um 36,4% auf 105 Mio Fr. gesteigert. Neben ettlichen Luxusuhren und Computerchips stellt die SMH die berühmten Swatch-Uhren zu Billiglöhnen her. Schmidheinys und Hayeks Kind ist bekannt dafür, dass es mit weniger Personal mehr produziert, dementsprechend steigen die Gewinne und sinken die Personalkosten. Im letzten Jahr konnte durchschnittlich 76'000 Fr. aus einer Arbeitskraft gepresst werden, gegenüber 'nur' 65'000 Fr. im Vorjahr.



2 Wie die Herren das machen, stellen wir am Beispiel der SMH-Tochter ETA-Marin/NE dar:
Die ETA-Marin stellt Computerchips her. 105 Mio Fr. sollen in modernste Produktionsanlagen investiert werden und die teuren Anlagen während 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr laufen. Dieser Meinung ist nicht etwa nur die Konzernleitung, sondern auch die organisierende Gewerkschaft SMUV. So haben die beiden gegen den Willen der ArbeiterInnen, einen 'Vertrag über die Gestaltung der Arbeitszeit' ausgearbeitet:
5-Schichtbetrieb, rund um die Uhr; Einführung von reinen Wochenendequipen und einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit; die Schichtzulagen werden abgeschafft bzw. zeitlich kompensiert. Dadurch verlieren die ArbeiterInnen einen Einkommensanteil, der in Anbetracht der tiefen Grundlöhne (1987: zwischen 1500 und 2200 Fr. für Frauen, 2200 und 2600 für Männer) für die meisten unendbehrlich ist.

3 Nach geltendem Arbeitsgesetz ist Sonntagsarbeit in der Industrie zwar grundsätzlich untersagt, mit der vom BIGA nach anfänglichen Beanstandungen,(die im gegenwärtigen Vertrag berücksichtigt wurden), doch erteilten Ausnahmebewilligung lässt sich das aber umgehen. Die bei der Eta-Marin angestrebte Verdoppelung der Chipproduktion wurde als 'gesellschaftlich unumgänglich' anerkannt!
Der Vertrag steht so ganz im Rahmen, der nicht nur in der Uhrenbranche eingeschlagenen Politik:
Die Amortisationszyklen weiter verkürzen und dabei vor allem das tiefe Lohnniveau von Frauen im allgemeinen und der Region im speziellen sowie den durch die Erwerbslosigkeit für die ArbeiterInnen geschaffenen Druck, auch miserabelste Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, auszunutzen.
Wir müssen nicht bis nach Südafrika/Azania oder in Länder der sog. 3. Welt reisen, um Schmidheiny's menschenverachtendes Profitstreben zu entlarven!

ZERSCHLAGT SHELL

Das letzte Mal,dass wir etwas über den radikalen anti-Apartheidskampf in NL (hauptsächlich über die anti-Shell Kampagne) geschrieben haben,war in unserer August/September Nummer.Der Grund dafür war,dass es,was das betrifft,relatiev ruhig geworden war.
In den letzten Monaten hat sich das jedoch tiefgreifend geändert,und das bedeutet für uns,dass wir einiges einzuholen haben,sowohl was die Hintergrundbeschreibung als auch die Aufzählung der Aktionen,die in diesem Zeitraum stattgefunden haben,betrifft.
Unser Ausgangspunkt ist,dass radikaler Anti-Apartheidskampf bedeutet auch hier gegen Betriebe und Staaten,Multis und HERRscher vorzugehen,die hier für Unterdrückung,Ausbeutung und Entfremdung weltweit (mit)verantwortlich sind;Apartheid in Süd-Afrika ist ein Teil davon.Der Kampf gegen Apartheid ist dann auch ein Teil des internationalen Befreiungskampfes,und kann als Speerspitze fungieren,um dem Wunsch und dem Bedürfniss für ein befereites und selbstbestimmtes Leben einen konkreten Inhalt zu geben,sowohl hier,im 'reichen' Westen als auch in Gebieten,in denen Ausbeutung und Unterdrückung weniger von sozialen und politischen Fassaden verhüllt werden.
Wir schreiben aber auch über den weniger radikalen Kampf gegen Apartheid,der sich auf den Protest gegen Betriebe oder Staaten beschränkt,und zwar ausschliesslich wegen der Präsenz in,und Kontakte mit S-A,also dem Kampf,der nicht auf die weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse eingeht,von denen S-A und Shell nur ein Teil sind..
Vor allem bei der Beschreibung der Ereignisse der letzten Zeit ist es wichtig,diesen Unterschied zu beachten,da,hier in NL,eine Gruppe versuchte,diese Unterschiede zu verwässern,und den radikalen Kampf inhaltlich auf die gleiche Linie zu bringen mit dem anti-Apartheidskampf reformistischer Gruppen wie z.B. dem 'Komitee zuidelijk Afrika', Gewerkschaften und politischer Parteien.
Wir sehen diesen Versuch nicht nur als ein Projekt,das zum Scheitern verurteilt ist. Wichtiger ist,dass er die Gefahr in sich trägt,den radikalen Inhalt des Kampfes,so wie oben umschrieben,zu einem geniessbaren Brocken zu reduzieren,der von allen einfach zu verdauen sein muss.
Alsob nicht jahrelang auf allen Ebenen gekämpft werden musste,um den heutigen Stand der Analyse und Praxis zu erreichen.Der radikale anti-Apartheidskampf wurde über Jahre hinweg mit Hilfe kleiner Aktionen und individuellen/isolierten Diskussionen zu einer Bewegung aufgebaut,die eine reelle Bedrohung für die Verhältnisse,hier in NL sowohl auf theoretischem als auch auf praktischem Niveau bedeuten kann.
Diese Geschichte,Entwicklung und für viele auch Perspektive wird ab dem Moment auf's Spiel gesetzt,an dem wir nicht länger über den Inhalt sondern nur noch über die Form des anti-Apartheidskampfes sprechen.
In diesen Zusammenhang wollen wir die Ereignisse stellen,die sich am 19.20 und 21. April während der sogenannten 'Spektakel Blockade' in Amsterdam-Nord abgespielt haben.
Die Bullen/der Staat gingen extrem provozierend und kriminalisierend gegn Teilnehmerinnen des Spektakels vor:Einsatz der ME (MEK etc),Pferde,die in Gruppen Menschen getrieben wurden,Tränengaseinsätze,Wasserwerfer,Provokateure usw..Sogar unter diesen Umständen wurden die Ereignisse von den Organisatoren/innen nicht in ihrem Zusammenhang gesehen:der Staat (in diesem Fall der sozialdemokratische Bürgermeister Ed van Thijn) verteidigt die Interessen des Kapitals (in diesem Fall die Untersuchungen im Shell-Laboratorium).Deshalb wurden auch nicht die logischen Schlüsse getroffen:es wurde nicht darüber geredet,wie wir uns und unsere Aktion verteidigen konnten,was wir selbst gegen die Gewalt des Staates unternehmen könnten und müssten,im Gegenteil:indirekt wurde mit diesem Staat über eine mögliche Vermeidung von Bullengewalt am nächsten Tag verhandelt.
Trotz jahrelanger Erfahrungen mit diesem sozialdemokratischen Betrüger wurden nicht die logischen Entscheidungen getroffen (seit dem miltärischen Bulleneinsatz während der Blockade des Kernreaktors Dodenwaard im Jahr 1981,bei dem van Thijn als Innenminister für die Staatsgewalt verantwortlich war,über die Räumung des besetzten 'Wijers' Komplexes,Feb '84,bei der er als neuer Bürgermeister eingesetzt wurde,um den Widerstand der Besetzerbewegung zu brechen,bis hin zur Rathausblockade März '86,bei der sich van Thijn zich zum anti-Faschisten Nr.1 ernannte und zu gleicher Zeit dafür sorgte, dass ein Mitglied der rassistischen Centrum Partei mit einem,von ihm bedachten Trick, trotz der Blockade,im Gemeinderat vereidigt werden konnte).
Die Reaktion des radikalen Widerstands hat vielleicht wegen der massiven Kampagne des organisierenden Komitees so lange auf sich warten lassen;jede inhaltliche Kritik wurde einfach von der gross aufgesetzten Rhetorik der Organisatoren/innen überspült.
Viel zu lange wurde die Blockade in unseren eigenen Diskussionen nicht thematisiert,und obwohl schon im November '88 die erste Kritik an SuZA (Shell uit Zuid Afrika) geäussert wurde,kam es nie so weit,dass Konsequenzen daraus gezogen wurden.

Zwei Wochen bevor das Spektakel beginnen sollte wurde noch einmal Kritik geäussert, aber obwohl der Inhalt davon klar und deutlich war,konnten wir keine Faust mehr gegen den Strom von nicht-Diskussionen machen,der von der Organisation über die Bewegung gespült wurde.
Wohl erschien um diese Zeit die 'radikale anti-Shell Zeitung' mit Kritik an den Organisatoren/innen des Spektakels.Darübehinaus beschreibt diese Zeitung die Rolle von Shell als Multi,die Geschichte von Shell,Shell und Biotechnologie,Shell und Milieu, Shell und Gas,die Direktion von Shell und beinhaltet ausserdem eine Liste aller Tochterunternehmungen von Shell inklusiv Adressen.
Drei Tage vor dem Spektakel wurde ein Brandanschlag auf das 'Thermo Shell Zentrum' in Hilversum (20 km östlich von Amsterdam) verübt,der von der RARA geclaimt wurde.
In der Erklärung,die am nächsten Tag erscheint,wird die'Image-Blockade' inhaltlich kritisiert.Die Erklärung könnt ihr woanders im 'nieuwsbrief 'lesen.
Beim Brand entsteht ein Schaden von 1½ Millionen Gulden.Für viele kam diese Aktion als eine vollkommene,und sicher auch erfreuliche Überraschung.
Leider wird in der Erklärung nicht auf die Stille rundum RARA,die Razzias vom 11-4 und den Prozess gegen Rene eingegangen.
RARA kritisiert SuZA an vielen Punkten,bietet jedoch keine klare Alternative für die Blockade,verdeutlicht nicht,wie sie sich die Weiterentwicklung des Kampfes vorstellen.
Es wurde auch Kritik an der Tatsache geübt,dass RARA mit diesem Anschlag und der Erklärung nur die Aktionsmethoden von SuZA kritisiert,und nicht darauf eingeht, warum sie diese Aktion gerade gegen 'Shell' ausgeführt haben.
Eines der grössten Probleme,die wir im Augenblick in der Amsterdammer/Nl Bewegung haben,ist der Mangel an Diskussionen bezüglich unterschiedlicher politischer Ideen und Aktionsmethoden.Wir denken,dass das Benutzen einer Aktion,um in der Öffentlichkeit eine linke Gruppe zu kritisieren sowohl destruktive als auch unproduktiv ist.
Unterschiedliche Ideen und/oder Kritik sollten sollten ersteinmal diskutiert werden, und nicht 'indirekt' via die normalen Medien ausgesprochen werden.

Es ist dann auch so,dass der Kampf gegen Shell nicht wegen SuZA,sondern eher trotz SuZA in den letzten Monaten intensiviert wurde.
Beachtet hier nicht nur die Anzahl der Aktionen sondern auch die unteschiedlichen Aktionsformen und deren Inhalt.
Beispiele:schon seit einigen Monaten werden unterirdische Benzinreservoirs verschmutzt, ohne eine Warnung zu hinterlassen;dadurch bleiben am darauffolgenden Tag die Autos stehen,die bei der Shell-Tankstelle getankt haben.Dabei hat nicht nur Shell das Nachsehen,sondern auch der/die Autofahrerin wird auf seine/ihre Tat hingewiesen (tanken bei Shell bedeutet Unterstützung des Apartheidregiems).Auf diese Weise werden andere abgeschreckt,bei Shell zu tanken.
Ausserdem wurden in der Nacht vom 14.zum 15.Mai drei Tochterbetriebe von Shell,die sich mit Biotechnolgie beschäftigen,beschädigt.
In der Erklärung gehen die Aktivisten/innen auf die Rolle der Biotechnologie im patriarchalen-imperialistischen System ein,bei dem Shell als einer der Hauptverantwortlichen genannt wird.Auch diese Erklärung steht im nieuwsbrief.
Zum schluss noch eine Liste der Aktionen,die in den letzten Monaten gegen Shell unternommen wurden,dabei ist es gut möglich,dass ein paar durchgeschnittene Benzinschläuche nicht erwähnt werden,wir versuchen jedoch,so vollständig wie nur möglich zu sein.
Viel Spass.....

Liste mit Aktionen gegen Apartheid

1988

20.9:Brandanschlag auf eine Shell-Tankstelle in Rotterdam.'Das Vermächtnis der RARA' fordert die Freilassung von Rene und das Verschwinden von Shell und anderen Multis aus Süd Afrika.

17.10:Scheiben bei Olivetti und IBM eingeworfen (sie sind zu 30 bzw50% am Computermarkt in S-A beteiligt).

18.10:Blockade beim 'Coaltrans '88' Kongress in Rotterdam mit circa 100 Leuten. Steinkohle ist für S-A,nach Gold,das wichtigste Exportprodukt.

27.11:Unterirdische Benzinreservoirs in Utrecht verschmutzt.Die Gruppe claimt,noch sieben andere Tankstellen auf die gleiche Weise angegriffen zu haben.
10 Benzinschläuche in Raalte (im Osten von NL) durchgeschnitten,Isolierschaum in die Bezahlautomaten gesprüht und Parolen hinterlassen.
8 Benzinschläuche in Didam,rote Farbe auf der Strasse und technische Apparatur mit Tectyl besprüht,ausserdem werden die unterirdischen Tanks verschmutzt.
Das alles von der Gruppe 'Zerstört Shell..(und den Bijlmerknast)',die auch von Aktionen in der BRD und Dänemark berichten.

31.12:Scheiben und die Glastür gehen bei Nedllcyd Districtcenter in Rotterdam gehen zu Bruch.Nedlloyd transportiert Waren von und nach S-A und war 1980 direkt an der illegalen Lieferung eines Minenjägers an S-A beteiligt.
MATA (militante Aktion gegen Apartheid) claimt diese Aktion.

22.12:4 Schläuche an der A28 bei Assen zerschnitten.Das erste Mal,dass eine Aktion im Nordosten von NL stattfindet

1989

2.1 :Ein Tag vor dem Berufungsprozess gegen Rene:
Shell Monument in DenHaag wird zerstört;das Monument in der Form eines Bohrturms wurde vor kurzem enthüllt zur Feier der fünfzigjährigen Ölgewinnung in NL (Shell)
Das Monument wird mit Zement zugeschüttet und Parolen werden geschmiert.
Stadtbusse werden mit Parolen verziert in Leiden (west-NL)
bei zwei Tankstellen in Leiden werden 5 bzw.3 Schläuche durchgeschnitten.

16.1:Die Gruppe 'Schwarzer Stern' durchsiebt Schläuche mit kleinen Löchern,verklebt die Schlösser und hinterlassen Parolen.Die Tankstelle bleibt 40 Minuten geschlossen wegen einer Bombenmeldung.
:'Shell's Angels,Kämpfer gegen Apartheid in S-A' beschädigen vier Tankstellen von Shell in Tilburg:17 Schläuche zerschnitten,ein zerstörter Zählautomat und einer mit Farbe übergossen.
:In Wageningen werden erst Parolen geschmiert und Flugis geklebt...eine Woche später werden bei der gleichen Tankstelle von Shell die Schläuch zerschnitten.

19.2:In Rotterdam werden bei einer Shell Tankstelle 13 Schläuche zerschnitten und Parolen geschmiert.
:in Amsterdam werden Schläuche geschnitten.
Diese Aktion wird entdeckt und die Bullen verhaften drei Leute in der Nähe des Bahnhofs.Am 7.März werden sie vom Schnellrichter zu vier Wochen Gefängnis verurteilt,aber wegen Zellenmangel wieder laufen gelassen.In der Zwischenzeit haben

19.2:Bei einer Tankstelle in Schiedam werden schläuche geschnitten,die Zähler mit Farbe bearbeitet und Parolen gesprüht.

28.2:Brandstiftung in einem Shell-Shop in Amersfoort von einer 'Autonomen Gruppe'
Erklärung:Ihr wisst schon warum (so lautet ein in NL bekannter Reklamespot)

13.3:Schläuche bei zwei Tankstellen in Amsterdam und Amstelveen durchgeschnitten
Die Gruppe 'Shell ist eine Luftblase'

22.3:Zwei Garagebetriebe werden 'besucht',beim einen werden die TankSäulen sabotiert der andere wird entglast (allebeide haben Verträge mit Shell)

28.3:Die Gruppe 'Shell bekommt Probleme' claimt Zerstörungen im Zuiderpark in DenHaag
Bei diesen städtischen Tankstellen werden die Schläuche durchgeschnitten und Farbe in die unterirdischen Tanks gegossen.

Im April werden im ganzen Land dutzende Pickets und Blockaden mit hunderten Leuten bei Shelltankstellen organisiert.Oft erfolgreich;Leute fuhren mit ihrem Auto weiter bis zur nächsten Tankstelle oder reagierten sympathisch auf die Aktionen.Natürlich gab es auch ein paar agressive Autofahrer/innen sowie Tankwärter,die mit Hilfe von ein paar Schlägern den Aktivisten/innen das Leben schwer machten.Diese Aktionen waren als Stimmungsmacher für die Blockade gedacht und dauerten bis zum 19.4 .





Jetzt geht es weiter mit der Liste:

4.4 :Die Gruppe 'Max Havelaar' füllt die unterirdischen Tanks mit ein paar tausend Litern Wasser.Aus der Erklärung:"Ein Geschenk von uns für Shell.Wahrscheinlich stottern in der Zwischenzeit dutzende Autos am Wegesrand,in der Umgebung der Shelltankstelle in Bodegraven.Wir haben es gut gemacht und es wirkt.Das zeigete sich am 20.3. als eine Gruppe 'Quecksilberorangen und Zyankalitrauben' die gleiche Aktion machte bei Shell-Tankstellen in Bergen,Bussum und Zeist.Verschiedene Autos kamen nicht weiter als ein paar hundert Meter von der Tankstelle weg und mussten abgeschleppt werden....( )."

Nach dieser Aktion fordern die Bullen zum ersten Mal die Presseerklärung von der holländischen Presseagentur ANP.Nach formellem Protest bekommen sie,was sie wollen. das gleiche passiert nach dem RARA Anschlag.

17.4:Schläuche werden bei Tankstellen in Hazerswoude und Leiderdorp durchgeschnitten.
In Leiderdorp sehen die Bullen ein Auto,das gerade wegfährt und nach einer wilden Verfolgungsjagd werden drei Menschen verhaftet.

18.4:Schläuche von zwei Tankstellen in Aalsmeer und bei Tankstellen in Hoofddorp und Nieuw-Vennep.

6.4:Eine Ölpumpe der Niederländischen Erdölgesellschaft (50% Shell,50%Exxon) in Rijswijk wird mit Farbe verschmiert,unbrauchbar gemacht und Parolen besprüht.

16.4:Schläuche bei zwei Shell Tankstellen durchgeschnitten (?)

17.4:RARA Anschlag in Hilversum (siehe nieuwsbrief)

19.4:Das autonome Kommando "Don't worry be angry" steckt das Bullenbüro in Mijdrecht in Brand.Ihre Forderung"Freiheit für die sechs vom 18.4! "

22.4:Ein Shell-Shop in Nijmegen wird mit Molotov-Cocktails angegriffen.Hoher Sachschaden

24.4:die Schläuche einer Shell-Tankstelle in Arnhem werden auf die'richtige Länge geschnitten'

7.5:In fünf Orten in NL werden unterirdische Benzintanks mit Wasser verschmutzt.In Zoetermeer und Zandvoort wird die Verschmutzung entdeckt,aber in Heerhugowaard Hilversum und entlang der Autobahn Drachten-Heerenveen bleiben dutzende Autos stecken,nachdem sie bei Shell getankt haben.Der gesamte Inhalt der fünf Tanks muss vernichtet werden.

9.5:In Leiden werden 65000 Liter Benzin unbrauchbar gemacht,Zucker und flüssiges Kalk wurde in die Tanks gekippt.



11.5:An der A12 beim Grenzübergang zur BRD (Zevenaar-Arnhem) wird von der Gruppe 'Verkehr-und Wasserministerium Abteilung Verkehrsschilder' ein neues Verkehrsschild installiert.Siehe Foto.

12.5:Bei einer Tankstelle in Nijmegen werden die Schläuche abgeschnitten.

14.5:'Keimender Widerstand gegen Shells Biotechnologie' richtet hohen Schaden bei drei Tochterbetrieben von Shell.Siehe 'Nieuwsbrief'

E`92

INITIATIEFGROEP TEGEN EF'89
Postfach 10233, Den Haag, Holland
tel. 015-121351
Postcheckkonto 3442401 / "de Zwarte"
betrifft: EF '89

Den Haag, 11 juli '89

Hallo zusammen!

Dies ist die erste Information über die Aktionsfront, die gegen die European Festivities in Den Haag formiert wird und in Erscheinung treten wird. Kritische Informationen und Aktionen gegen das Vereinte Europa sind bis jetzt sehr vereinzelt geblieben. Gerade die Durchführung der European Festivities, ein Riesenspektakel für ausschliesslich die Multinationals und Euro-Unternehmer, bietet einen guten Anlass für landesweite und internationale Aktionen, die der Anfang eines gemeinsamen Vorgehens gegen Europa'92 sein sollen.

Im Augenblick hat sich in Den Haag eine Gruppe daran gemacht, ein Festival gegen Europa der Multi's und des Kapitals vorzubereiten. Von verschiedenen Städten sind schon Zusagen für inhaltliche Beiträge bei uns eingetroffen.

Wenn wir kurz nach den Sommerferien so weit mit den Vorbereitungen fortgeschritten sein wollen dass wir anfangs September einen grossen und breiten Syphatisantenstrom erwarten dürfen, ist es unbedingt notwendig jetzt schon viel Energie an Publizität und Mobilisierung aufzuwenden.

Deshalb an euch die Bitte: könnt ihr dieses Initiativ weitherum bekanntmachen, die beigefügten Flugblätter in eure Läden und Info-Café's auflegen, an Meetings und Zusammenkünften ansagen, auf autonomen Radio's und Fernsehen wiederholt erwähnen usw....

Unsererseits werden wir uns bemühen, euch regelmässig über den letzten Stand der Vorbereitungen zu informieren und euch Diskussionsunterlagen zuzuschicken. Wir hoffen damit zahlreiche Gruppen zu selbständigen Initiativen zum Thema Europa zu ermutigen, wofür wir in Den Haag die Rahmenbedingungen bereitstellen wollen. In verschiedenen Städten in den Niederlanden kursieren jetzt schon Pläne um im Vorfeld der EF Aktionen auf lokaler Ebene durchzuführen, damit die Aufmerksamkeit auf die EF und die europäische (Wieder-)Vereinigung gelenkt wird.

Vorderhand kann das obenerwähnte Postfach und die Telefonnummer gebraucht werden, für Frage, Vorschläge, Initiative usw......

Bleibt übrig, euch auf die ebenfalls erwähnte Postscheck-kontonummer aufmerksam zu machen (leider wurde sie im Flagblatt vergessen!), denn alles zusammen wird es ein Haufen Geld kosten.

Liebe Grüsse,

DE INITIATIEFGROEP

STOP EUROPA '92

GEGEN EIN VEREINHEITLICHTES EUROPA DES KAPITALS

Vom 7. bis zum 10. September 1989 werden in Den Haag, Holland die European Festivities (EF) stattfinden. Das Ziel dieser EF ist die Promotion der Idee eines vereinheitlichtes Europas - Europa '92. Sie finden nicht zum ersten Mal statt. Die Propagandakaravane lief letztes Jahr zum ersten Mal in Brüssel ab. Und in diesem Jahr in Madrid und Hannover Nicht nur um "der Bürger" mit der Vorstellung eines vereinheitlichten Europas vertraut zu machen, werden die EF durchgeführt. Auch bieten sie einen guten Anlass für die Durchführing verschiedener Kongressen, etwa für Arbeitgeberverbände, den Nationalen Europäischen Verein und die europäischen Handelskammer. Die EF haben also zwei Ebenen. Einerseits das lustige, betörende Spektakel für die "ahnungslose Bürger", andererseits eine Partie für "die Auserwählten", wo die Herren unter sich sind. Ausschliesslich für sie zugänglich ist das V.I.P.-village im Herzen der Stadt, für die Geladenen gibt es ein grosses Gala, angerichtet in der Antom Philips Musikhalle (!). Der Bürger darf sich vergaffen an technologische Ausstellungen und Sportkämpfe. (Brot und Spiele). Und die Kinder werden ermutigt den Allergrössten dieser Welt Briefe zu schreiben für die hungerende Kinder in der Dritten Welt!

Es verspricht sich ein wirbelndes Propagandafest zu werden. Ein Fest, wobei die Wirtschaft an erster Stelle steht, die Multinationals und die technologische Zusammenarbeit. Ein Fest übrigens das von den selben Multi's mitfinanziertwird. Ein Fest zur Einweihung eines neuen Zeitalters: das Zeitalter des Neuen Europas, das Zeitalter eines neuen unaufhörlichen Wachstums und Fortschrittes.

Die Schattenseiten dieses neuen Europas werden sorgfältig nicht erwähnt. Dennoch wird es für viele Leute gar kein Grund zum Feiern geben; für sie wird das neue Europa eher eine verschlechterung ihrer Situation bedeuten. Das Neue Europa steht nämlich auch für: frontaler Angriff auf die Situation de Ausländer und Flüchtlichen - sanitärer Gürtel; ein totaler Ligitimationszwang; tiefe Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse, wie etwa die Zunahme der Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Heimarbeit usw.; Zunahme der Personskontrolle mittels Verkehrskontrolle, EDV-Anlagen, wie etwa das Schengen-Informations-System; Abbau des Sozialstaates usw.

Ohne auch nur irgendwelchen Anspruch auf Vollständigkeit ist diese Aufzählung eine unmisverständliche Indikation für die weitreichenden Folgen eines Neuen Europas, nicht nur im europäischen Rahmen, sondern auch auf mondialer Ebene. Namentlich die Position der sgn Dritten Welt wird weiter ausgehölt durch die Schaffung eines 3. Supermachtes.

Dies alles reicht uns, um diese Partie nicht reibungslos über die Bühne gehen zu lassen. Und deshalb hat sich in Den Haag die Initiativgruppe gegen die EF formiert, die dem ganzen Propagandazirkus etwas entgegenstellen will.

Das erste Hauptanliegen ist rein informativ. Wiederholt stellt sich heraus, dass Gruppen und Einzelpersonen wenig oder gar keine Ahnung von dem was uns allen bevorsteht, heben. 1992 ist noch weit entfernt und vieles noch gar nicht so genau abgeklärt.... Dennoch sind die Vorbereitungen voll im Gang; der Widerstand aber steht erst am Anfang. Das Bild eines immer schneller vorwärts gehenden und nicht mehr zu

FR.3.8.89, 21.30 Ort leider unbekannt **Film" Wir müssen noch viele Bettlaken zusammenknoten"**

45min,SW, Andrea Käseberg,Perta Stumpfl
Berlin 1983,
wie an Frauen,die wegen BTM-Vergehen verurteilt sind,der Stufenvollzug und die Sonderbehandlung in der Lehrter Str. erprobt wurde,zur Zeit als die Plötze gebaut wurde.Interviews mit ehemals gefangenen Frauen und Spielscenen mit einem Gefängnispsychologen,der die "Ursachen von Frauenkriminalität" erklärt.
(Diskussion mit Frauen aus der Plötze anschließend

21 + 23 Uhr Kino im KOB **" Frauen hinter der Front"**
INCINE/Ivan Arguello,Nicaragua 1987,Spielfilm
Inhalt siehe letzte Woche

20.00 MieterInnen- und HäuserkampfAKTIONSPLENUM DRUGSTORE
"Organisierung von Häuserkampf muß immer auch antifaschistisch und antiimperialistische Organisierung sein....."
Wir versuchen jetzt konkret,die immmer wieder angesprochene Vernetzung der Gruppen zu machen.Deswegen laden wir ALLE ein, zum Plenum zu kommen um die Aktionstage zu organisieren.

Sa.4.8. **16 bis 19 Uhr** antifaschistisches Cafe **in der Fabrik Osloerstr12**

Mi.8.8. **18 Uhr** JobberInnenplenum im Drugstore

Kurzinfo 1.Mai Prozesse

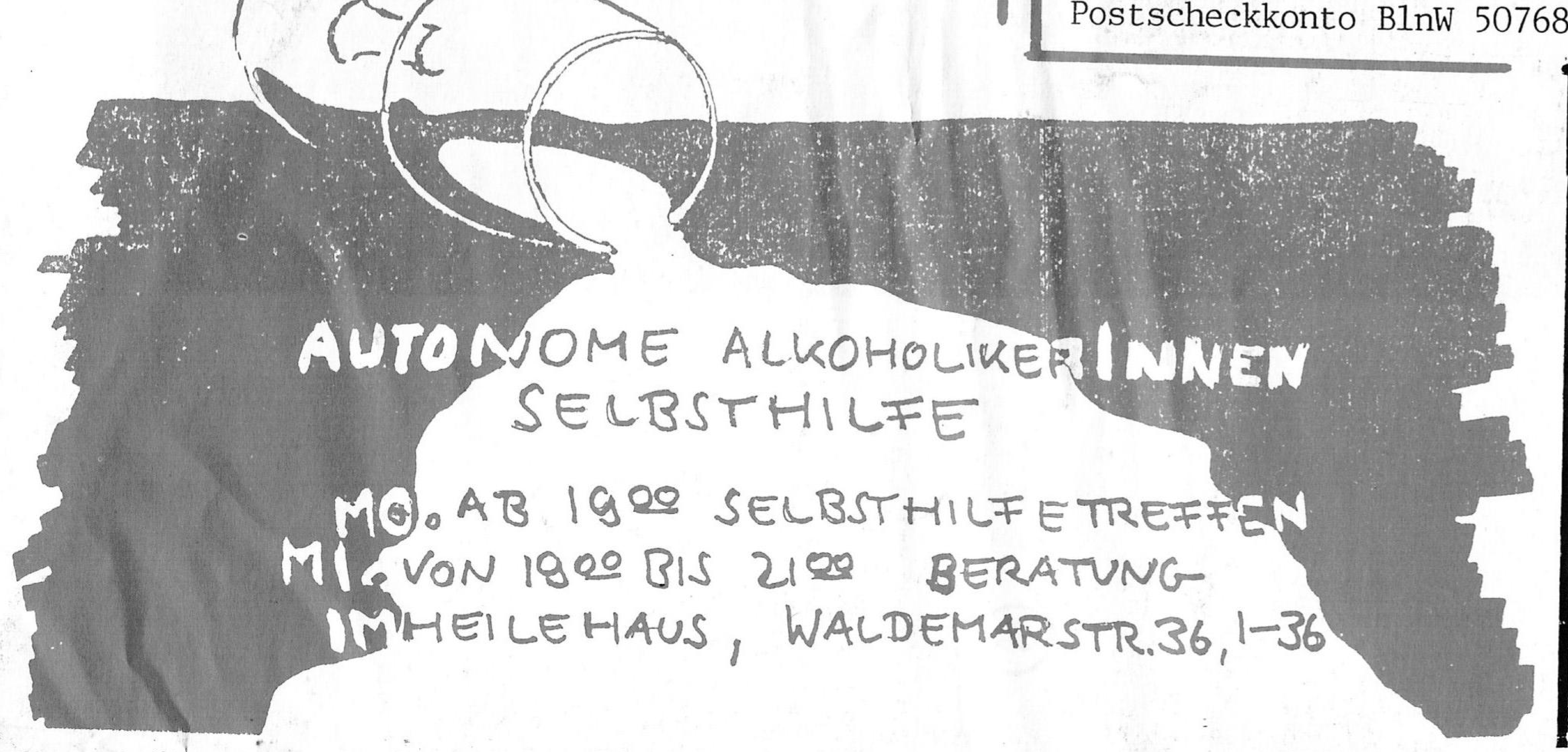
Am 26.Juli hatte Alain Espel in Moabit Prozeß.Er wurde wegen schweren Landfriedensbruchs zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt.
Im Moment befindet sich von den festgenommenen nur noch Jörn Menger in U-Haft, was 23 Std Einschluß bedeutet.
Schreibt Jörn,der sich auf jeden Fall über Post freut!

Postadresse:Jörn Menger , Buchnr. 1946/89
Alt Moabit 12a , 1000 Berlin 21

SPENDENAUFRUF

Der Verein zur Förderung von Kultur un und Information für Gefangene e.V. braucht dringend Geld !!
Sie schicken den Ratgeber für Gefangene in die Knäste,genau wie andere Broschüren und Infos,haben Briefkontakte und versuchen welche zu vermitteln,.Sie arbeiten natürlich ohne Kohle,aber die Materialkosten sind imens......deshalb Spende an

Verein zur Förderung von Kulturund INformation für Gefangene e.V.
Gneisenaustr.2a 1 - B- 61
Postscheckkonto BlnW 507680-101



ROTE SÄGE ,Büro zur Unterstützung kämpfenden Gefangenen
c/o verlag schwarze seele
falkensteinstr.46 ,1 B 36
Tel 030 6182158
Di + Do 16-21 Uhr